Das Interesse Deutschlands an der amerikanischen Präsidentenwahl des Jahres 1896.

Von

Ernst von Halle.

I.

Am 3. März 1897 werden 100 Jahre verstrichen sein, seit der erste große Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einer denkwürdigen Botschaft sein Amt niederlegte. Aufs neue bereitet sich das Volk vor, einen Nachfolger auf seinem Stuhl zu wählen.

Die Nationalkonventionen, in welchen nach dem Brauch des Landes seit mehr als einem Halbjahrhundert die Kandidaten der Parteien ernannt werden[1], haben ihre Versammlungen gehalten. Von den kleinen Parteien, welche daneben im Lande bestehen, haben die Populisten und Silberparteiler den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten anerkannt. Ein von den Demokraten abgefallener Flügel hat sich für Aufstellung eines eigenen Bewerbers entschieden; ob daneben noch ein eigener Temperenzkandidat oder sonstige Vertreter irgendwelcher Schattierungen auftreten werden, ist für den Erfolg ohne jede Bedeutung. —

Bleibt nun an sich die Wahl eines neuen Oberhauptes in dem großen überseeischen Reich ein bedeutsames Ereignis, weil es dem Beobachter der großen Bewegungen in der menschlichen Gesellschaft höchst instruktiv sein muß, was für eine Persönlichkeit das nach dem

[1] Über die Entstehung der Sitte, die Kandidaten in Konventionen der Parteien vor der Wahl offiziell zu ernennen, siehe J. Bryce, The American Commonwealth, 3. Aufl. London 1895, Bd. II, S. 175 ff.: „Die Einbürgerung des Systems (1831—1840) fällt zusammen mit der und bezeichnet die volle sociale Demokratisierung der Politik in Jacksons Zeiten" (S. 177).

beliebten amerikanischen Ausdruck „größte Regierungsexperiment aller Zeiten“ an die Spitze fördert, so kommt im vorliegenden Falle sowohl für die staatswissenschaftliche Erkenntnis als für die Ziele des praktischen Politikers eine Reihe von speciellen Punkten in Betracht.

Für ersteren Zweck würde es vielleicht vorzuziehen sein, das Resultat abzuwarten und die sicherere Methode der Abmessung der Schlüsse am Erfolg einzuschlagen. Praktische Gründe indes lassen es ratsam erscheinen, das kommende Ereignis mit Hinsicht auf gewisse Eventualitäten ins Auge zu fassen und insbesondere zu untersuchen, welche Stellungnahme für die Real- und Wirtschaftspolitik anderer Staaten empfehlenswert und ausführbar sein mag.

Mit Recht ist jüngst gesagt worden, daß die Zeit der lediglich nationalen, ja der kontinentalen Politik vorüber ist. Zahlreiche Fragen und Beziehungen nehmen plötzlich einen interkontinentalen Charakter an und jede wichtige Maßregel erheischt bei dem heutigen Stande der einzelnen Volksgemeinschaften zu einander eine eingehende Prüfung hinsichtlich ihrer Wirkung im internationalen Sinne. —

Auch früher hat gewiß eine Veränderung in der Regierung wichtiger Staaten — mag sie mit einem Wechsel der Persönlichkeit verbunden gewesen sein oder nicht — auf das Leben benachbarter und fernstehender politischer Gemeinschaften einen Einfluß auszuüben vermocht. Mit dem Fortschreiten der Beziehungen auf dem Boden internationaler Arbeitsteilung, sowohl von Staat zu Staat, wie im kooperativen oder konkurrierenden Zusammentreffen auf dritten Gebieten steigt die Bedeutung solcher Vorgänge für alle andern Teilnehmer am internationalen Verkehrsleben. Die Anzahl derer wächst alljährlich, welche ein persönliches Interesse an auswärtigen Ereignissen haben und damit steigt die Notwendigkeit für die Vertreter der Gesamtinteressen, die Regierung, ihre Aufmerksamkeit den inneren Ereignissen in fremden Gemeinwesen zuzuwenden.

Die Aufgaben der Diplomatie haben sich geändert. Zu der Repräsentation eines Herrschers oder einer Nation im Auslande, der Regelung der Beziehungen von Nation zu Nation, und der Wahrnehmung der persönlichen Rechte und Freiheiten seiner Landsleute gesellt sich für den Diplomaten in zunehmendem Maße die Pflicht, die heimischen Nährstände in ihren auswärtigen Unternehmungen zu fördern; ja, als das Kennzeichen einer weitschauenden Repräsentation dürfte es gelten, wenn in der Heimat vorschauend auf kommende Ereignisse aufmerksam gemacht und deren rechtzeitige Erörterung angebahnt wird.

Das Land wird einen entschiedenen Fehler begehen, das heute noch seinen nach außen gerichteten Aufgaben Genüge zu thun glaubt, indem es seinen auf eigne Faust vorgehenden Unterthanen nach der Seite des Rechtsschutzes hin den Rücken deckt. Durch protektionistische Maßregeln haben wir bestimmte Industrien für den Weltmarkt bewußt großgezogen und damit auch die Verpflichtung, soweit es irgend möglich ist, jenen die Arbeit zu erleichtern. Aus dieser Erkenntnis heraus hat man bei den diplomatischen Vertretungen mit der Ein-

führung technischer und landwirtschaftlicher Attachés einen Anfang gemacht.

Es mag hier dahingestellt bleiben, aus welchem Grunde gerade der deutschen auswärtigen Politik gegenüber nicht immer das Gefühl obgewaltet hat, als ob sie dieser Seite ihrer Aufgaben mit demselben Erfolg gerecht geworden ist, wie denjenigen der älteren diplomatischen Disciplinen. Das Feld, auf dem sich die Staatskunst der Bismarckschen Schule zur Gründung und Sicherung des Deutschen Reiches bewegen mußte, war naturgemäß von Bahnen nach anderer Richtung durchquert. Und als man bei der Einleitung der neuen Ära der Handelsvertragspolitik den neuen Zielen mit größerer Bestimmtheit sich näherte, war der geschulte Apparat noch nicht vorhanden, mit dem man sich die größtmöglichen Erfolge hätte erringen können.

In der Organisation des auswärtigen Dienstes, der vorliegenden Trennung des Konsulatswesens für die ökonomische und der Diplomatie für die hochpolitische Seite dürften gewisse Nachteile zu suchen sein. Der Deutsche im Auslande kann sich gelegentlich dem Gefühl nicht verschließen, daß hier oder dort dem Zusammenwirken der beiden Richtungen nicht die genügende Teilnahme entgegengebracht wird. Daher werden die Konsulate ihren wirtschaftlichen Aufgaben nicht völlig gerecht, vielmehr sind sie häufig nichts anderes, als große Notariate. Andrerseits fehlen der Diplomatie die Sammelstellen, aus denen ihr die Materialien in hinreichendem Maße zugeführt werden; oder, wo jene vorhanden, finden sich keine Persönlichkeiten in ihrem Bereich vor, welche auf deren Verarbeitung ihre ungeteilte Aufmerksamkeit wenden. Die Klage des deutschen Exporteurs und Industriellen, daß er seine Informationen oft aus englischen, österreichischen oder amerikanischen Konsularberichten entnehmen muß, ist nur ein Symptom für tieferliegende Zustände.

Es ergeben sich unleugbar aus der formaljuristischen und mangelnden volkswirtschaftlichen Ausbildung der Anwärter für den auswärtigen Dienst und in zweiter Linie aus der allzuweitgehenden Benutzung der sogenannten kaufmännischen Konsulate im Ehrenamt Bedenken, die durch Reformen zu beseitigen nicht allzuschwer sein wird, aber dringend erforderlich ist. —

Auch wenn man die Bedeutung wirtschaftlicher Ereignisse im Auslande und die richtigen Mittel ihnen gegenüber erkannt hat, liegt nicht immer die Möglichkeit wirksamen Handelns für den einzelnen Staat vor. Da man 1890 mit Frankreich zu einem Übereinkommen hinsichtlich des McKinley Tarifs nicht gelangen konnte, glaubte auch Deutschland, von den der Sache nach richtigen Schritten absehen zu sollen. Das Loch in den Vogesen war zu breit, einem mitteleuropäischen Handelsabkommen den Zusammenschluß zu gestatten. Wäre indes zu jener Zeit, sei es seitens verschiedener, oder einzelner Mächte, eine rechtzeitige Stellungnahme erfolgt, so hätten sich zweifellos manche Nachteile für Europa aus dem McKinley Tarif vermeiden lassen.

Für die Zukunft dürfen wir nicht in denselben Fehler des Gehenlassens verfallen. Was droht, dafür liefern die in den Nationalkonventionen angenommenen Programme einige Anhaltspunkte.

II.

Der amerikanische Brauch ist, in der Nationalkonvention zunächst ein Programm durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen[1]; erst nach dessen Annahme durch die Versammlung und auf dasselbe hin wird der Präsidentschaftskandidat nominiert. Bei Annahme der Kandidatur hat sich der Ernannte im sog. „Letter of Acceptance" auf jenes zu verpflichten; es ist bestimmt, für seine Verwaltung die Richtschnur der Parteipolitik festzulegen. Nun haben in der Praxis nach vollzogener Wahl von den eingegangenen Verpflichtungen des Programms nach Übereinkunft zwischen den Politikern und dem Präsidenten vielfach Abweichungen stattgefunden. Man ist soweit gegangen, zu behaupten, jenes habe in erster Linie den Zweck, durch seine geschickt gewählten Sätze Stimmenfang für die betreffende Partei zu besorgen und sei eigentlich bedeutungslos[2]. Eine solche Anschauung geht entschieden zu weit[3]. Persönliche und private Erwägungen, Gründe des öffentlichen Interesses haben ebensowohl zur Nichtinnehaltung zahlreicher Paragraphen des Programms geführt, wie manche bewußt in der Absicht des Stimmenfangs von vornherein vorgebracht waren, ohne daß jemals ihre Durchführung ernsthaft beabsichtigt gewesen wäre. Im ganzen jedoch haben die Programme als Niederschlag der öffentlichen Meinung in den breiten Massen, bezw. als ein Versuch, diese zu erforschen oder zu gewinnen, eine erhebliche Bedeutung; und, wenn nicht auf einmal, so wird doch auf die Dauer die Administration der auf ein solches Programm hin erfolgten Volksentscheidung folgen müssen, denn die amerikanische Idee verlangt von der Regierung nicht Führung des Volkes, sondern Exekution seines Willens.

Nur eine genauere Bekanntschaft mit der Geschichte der Parteien und Strömungen des Landes ermöglicht eine Unterscheidung der Bedeutung der einzelnen Paragraphen. „Platform" nennt der amerikanische Sprachgebrauch ein solches Parteipronunciamento nach dem

---

[1] Einzelheiten über die Vorgänge in den Konventionen siehe bei Bryce, a. a. O. S. 185—212, S. 220—228.

[2] Bryce: Of late years the adoption of Platforms, drafted in a vague and pompous style by the committee, has been almost a matter of form (S. 185).

[3] Siehe auch Bryce selbst an anderer Stelle: We have .... issues of two wholly distinct kinds; those which affect the personal qualifications of the candidate, and those which regard the programme of his party.

Whether, in any given presidential election, the former or the latter class of issues are the more conspicuous and decisive, depends partly of the political questions which happen to be then before the people, partly on the more or less marked individuality of the rival candidates (S. 215).

Orte, von wo aus es in der Konvention verlesen wird, und mit dem drastischen Witz des Landes erhält dann jeder einzelne Satz den Namen „Plank“ (Brett).

Die Parteien haben ihre Geschichte und somit auch ihr Rüstzeug an ständigen Maximen, welche notgedrungen in der Platform zur Geltung kommen müssen.

Bis zum Secessionskriege drehte sich alles um die Frage der Sklaverei und des von ihr hervorgerufenen socialen Zustandes. Nicht immer offen; im Gegenteil, die Sklaverei war für ihre Vertreter selbst nur Mittel zum Zwecke der aristokratischen Klassenherrschaft, der Etablierung ihrer wirtschaftlichen Existenz auf landwirtschaftliche Großproduktion für den Export, und der Abschließung der weißen Rasse gegen die schwarze. Der offene Kampf drehte sich durch zwei Menschenalter hindurch nicht um die Institution, sondern um ihre Sicherung in sich selbst oder in ihren Konsequenzen. Man kämpfte für die Rechte der Einzelstaaten und gegen jede Erweiterung der Unionsbefugnisse; man strebte für Freihandel, weil man in der Sklavenwirtschaft nicht industriell produzieren wollte oder konnte, und im Finanzwesen verfocht man den Standpunkt des immobilen Kapitals gegenüber dem mobilen. Die Politik der Sklavendistrikte, wie sie von Cairnes[1] dargelegt wird, bestimmte den Grundton der einen Partei, die in den kaufmännischen und Schiffahrtskreisen des Nordens, d. i. bei den Lieferanten der südlichen Landwirte, eine mächtige Gefolgschaft besaß. — Die nördlichen Industriellen und die Farmer des Nordens und Westens, die für die Entwickelung eines heimischen Marktes, versorgt von weißer, freier Arbeit, eintraten, standen ihr gegenüber. Sie waren die Partei der Centralisation, der Abschließung nach außen, des Schutzzolles, der Durchtränkung des wirtschaftlichen Lebens mit dem Geiste des mobilen Kapitals. Jene Partei, die Demokraten, hatten in den Mittelpunkt ihrer volkswirtschaftlichen Anschauung, neben dem heimischen System der Sklaverei, für den Verkehr nach außen hin das Laisser faire und die englische Freihandelsdoktrin gestellt. Den Whigs und den aus ihnen hervorgegangenen Republikanern wurden durch H. C. Carey[2] die wissenschaftliche Begründung schutzzöllnerischer Ideen, vor allem die Gedanken Friedrich Lists, mundgerecht gemacht. Er führte den seit der Zeit Hamiltons bestehenden Schutzzollneigungen die deutschen Gedanken der nationalen Volkswirtschaft zu. Wie ein andermal zu zeigen sein wird, leitete die Tendenz des Sklavenstaates die Demokraten zu einer aggressiven äußeren Politik, während die

---

[1] J. E. Cairnes, The Slave Power, its Character, Career and Probable Designs. 2nd Ed., London and Cambridge 1863.

[2] Siehe die Lehren Careys bezüglich Sklaverei in: The Slave Trade, Domestic and Foreign, Philadelphia 1853, speciell Kapitel 3, 5—8, 10, 15, 16 und 20; ferner über Schutzzoll desselben: The Harmony of Interest, Agricultural, Manufacturing and Commercial, 3d Ed., Philadelphia 1872; und desselben: The Past, the Present, and the Future, Philadelphia 1848.

Republikaner in dem Bestreben innerer Konsolidation friedlichen Neigungen huldigten.

Nachdem es dem demokratischen Präsidenten Jackson Ende der dreißiger Jahre gelungen war, die zweite centrale Bank der Vereinigten Staaten niederzubrechen, spielten die finanziellen und Bankfragen in der Folgezeit vor dem Kriege keine erhebliche Rolle mehr. Der große wirtschaftliche Aufschwung in Verbindung mit den und infolge der Californischen Goldfunde half dem Lande ohne Schwierigkeit zwischen den Klippen eines komplizierten Finanz- und Banksystems hindurch.

Der Bürgerkrieg mit den großen Opfern, die er dem Lande auferlegte, die Aufhebung der Sklaverei und die anschließende Rekonstruktion drücken der Politik des Landes für die Zeit von 1860 bis 1875 ausschließlich ihren Stempel auf. Die aggressiven Neigungen der Demokraten fielen mit ihrer Ursache, dem Ausdehnungsbedürfnis der Sklaverei. Die reichen, ritterlichen Pflanzer des Südens waren arm geworden und mußten zu Hause dem Broterwerb nachgehen, statt militärischen Gelüsten nachzuhängen. Doch war der alte kampfesfreudige Geist unter ihnen noch nicht erstorben. Die nördlichen Kaufleute der demokratischen Partei waren naturgemäß friedlich und die Farmer des Nordens und Westens, soweit sie sich der Partei anschlossen, trugen angesichts der blühenden Exportproduktion von Cerealien und Vieh gleichfalls Friedensliebe zur Schau. Somit wurde die demokratische Partei, die die Freihandelsideen beibehielt, zunächst zur friedlichen; sie war ihrem ganzen Geiste nach den englichen Whigs aus der Gladstoneschen Ära nahe verwandt. Nur in der Währungs-, Bank- und Finanzfrage nahm sie einen eignen Standpunkt ein, der sich gleichfalls als eine konsequente Durchführung ihrer Wünsche und Ziele erklärt. Indes ist ein Eingehen auf diesen Teil nicht erforderlich, da die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten von C. J. Fuchs an gleicher Stelle jüngst ausführlich dargelegt ist[1].

Die Republikaner, die ununterbrochenen Regenten des Landes von 1861—1885, die siegreichen Militärs aus dem Bürgerkrieg, konnten sich den Einflüssen der Erfolge auf den kriegerischen Geist der Partei nicht entziehen, zumal derselbe in ihr Gesamtprogramm schon an sich eigentlich besser paßte, als in das der Demokraten. Ihre Vertretung der Nationalidee erweiterte sich nach außen hin in eine chauvinistische und expansive Politik. In den Spekulationen auf den Erwerb von Cuba, westindischen und mittelamerikanischen Landesteilen nahmen sie den Faden da wieder auf, wo er den Demokraten 1860 abgeschnitten war[2].

---

[1] Jahrbuch XX 3, S. 237 ff.

[2] Über die Bedeutung der auswärtigen Politik vor dem Kriege siehe v. Holst: Verfassung und Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika; über Cuba speciell Bd. III, S. 348 ff.; Bd. IV, S. 37 ff., 210 ff., 387 ff.; Bd. V, S. 267 ff.

Mit dem Wachsen der inneren, industriellen Hülfskräfte gelangten sie naturgemäß dazu, die ursprünglich defensive, sogenannte Monroedoktrin auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen und zu einer mehr und mehr offensiven zu machen[1]. Diese Andeutungen müssen hier für die historische Darlegung der Standpunkte genügen.

Ein neues Problem bot sich beiden Parteien seit etwa 10 Jahren in der zunehmenden Organisationsbestrebung in Verkehr und Industrie zu Kartellen und Trusts.

An anderer Stelle hat der Verfasser zu zeigen versucht, daß die Stellungnahme der Parteien diesen gegenüber, wenngleich anscheinend auf beiden Seiten grundsätzlich ablehnend, in Wirklichkeit verschieden ist, und im Grunde die Republikaner, wie bei ihrer Gesamtrichtung natürlich, die Organisation nicht mit ungünstigen Augen ansehen[2]. In den Platforms von 1892 sprachen sich noch beide Parteien offiziell als Gegner aus; im Wahlfeldzug von 1894 wagten einzelne Republikaner schon offen, für dieselbe einzutreten[3]. In dem großen Chicagostrike kam die Frage der Organisation des mobilen Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft in bisher ungeahnter Wucht an die Oberfläche, (s. unten) und es war zu erwarten, daß man hieraus in absehbarer Zeit Kapital schlagen würde, namentlich in der jüngsten Partei, den Populisten. — So sehen wir die Frage der socialen Organisation ein Menschenalter nach der Sklavenbefreiung wiederum in gänzlich veränderter Gestalt an einem Punkte angelangt, wo sie in den politischen Kämpfen eine tiefgreifende Rolle spielen wird.

Wie Fuchs zeigt, ist die Krisis des Jahres 1893 noch immer nicht beendigt. Die ganze Administrationsperiode Clevelands hat bisher zu den wirtschaftlich unerfreulichsten Zeiten der Union gehört. Die offenkundige Zerfahrenheit der demokratischen Partei in Verbindung mit der wirtschaftlichen Depression führte im November 1894 bei den Kongreßwahlen zu einer noch gewaltigeren Niederlage, als 1892 der Sieg gewesen war. In beiden Häusern des Kongresses ging die Majorität verloren. Der Präsident mit seiner vierjährigen Amtsdauer blieb naturgemäß ein Hemmnis für eine einheitliche Gesetzgebung im republikanischen Sinne. Ja, wo die Majorität zu einer Verständigung mit ihm hätte gelangen können, wie in den Finanzfragen, wurde dies ebensowohl von der republikanischen Partei verhindert, welche einer demokratischen Verwaltung nicht die Ehre der durchgeführten Finanzreform lassen wollte, als von einer zunehmenden Schar seiner eigenen Parteigenossen. Von vornherein hatten letztere eine der Clevelandschen entgegengesetzte Finanzpolitik zur Richtschnur genommen und 1893 bereits durch ihr Widerstreben die Aufhebung der Shermanbill in Frage gestellt.

---

[1] Vgl. hierzu d. Verf. Ausführungen über den Panamerikanismus im Jahrbuch XVIII 4, S. 154.

[2] Trusts, or Industrial Combinations and Coalitions in the United States, New York 1895, S. 120 ff.

[3] ib. S. 122.

Man hatte sich Cleveland trotz seiner Goldansichten als Kandidaten gegen die Republikaner gefallen lassen, weil jene in besagtem Gesetz gerade ein Silberexperiment gemacht hatten, das fehlgeschlagen war. Den eigenen Standpunkt ihm zu opfern, war man hingegen nicht bereit; daher kam es in den ganzen vier Jahren nur zu der einen negativen Maßregel, der Aufhebung der Shermanbill.

In der Frage des Freihandels hat die kurze Epoche den bemerkenswertesten Umschwung herbeigeführt. Als Kandidat der radikalen Freihandelspartei war Cleveland gegen die republikanischen Hochschutzzöllner und gerade infolge von deren übergroßen Triumphen erwählt. Die eingeführten Zollermäßigungen reichten nicht annähernd an die Versprechungen des Programms heran, und dennoch zeigte sich schon bei der Wahl von 1894, daß mit diesen Ermäßigungen das Volk zum mindesten sich genügen lassen wollte; man kann sagen, der Umschwung der öffentlichen Meinung wird dauernde Folgen haben und nicht sobald wieder ein radikales Freihandelsprogramm zum Sieg gelangen. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Depression und das dauernde und unvermeidliche Kassendeficit infolge des entgegen allen Erwartungen und früheren Entscheidungen vom Oberbundesgericht als ungesetzlich wieder aufgehobenen Einkommensteuergesetzes, das den Ausfall an Zolleinnahmen unter dem Wilsontarif dem Staatssäckel hatte ersetzen sollen, mit allen ungünstigen Folgen dieser Erscheinungen gaben den Hochschutzzöllnern wieder Oberwasser.

Bei Zustandekommen des Wilsonschen Tarifs hatten schließlich beide Seiten in dem stillschweigenden Übereinkommen gehandelt, dies würde für längere Zeit eine definitive Regelung der Tariffrage bilden. Nun mußte Cleveland selbst sich zu dem Schritt einer Zollerhöhung entschließen, und schon im Jahre 1895 war es klar, der Hochschutzzoll würde wiederum im Programm der republikanischen Partei eine maßgebende Rolle spielen. Die Demokraten aber durften diesmal keine wirksame Angriffs- oder Verteidigungswaffe vom Freihandel erhoffen.

Dann kam noch eine beachtenswerte Strömung in der öffentlichen Meinung zu Tage. Im Laufe des Jahres 1895 brachten westliche Zeitungen — soweit ich habe ermitteln können, zuerst ein Blatt in Milwaukee — die Frage zur Diskussion, ob man sich aus der wirtschaftlichen Depression nicht vielleicht durch einen kleinen, netten Krieg herausreißen könne, der der Industrie wieder vollauf Beschäftigung geben würde[1]. Zuerst im Sprechsaal der Blätter auftauchend und in Leitartikeln ganz allgemein verurteilt, wurden die Erörterungen immer wieder aufgenommen; und für die Kenner der amerikanischen Denkweise erscheint die Idee garnicht so monströs.

Das Kabinett in Washington war über die zu Grunde liegende Stimmung sehr wohl informiert; durch die Venezuelabotschaft des

[1] Ich verdanke diese Mitteilungen Sammlungen von Zeitungsausschnitten des Herrn Bauinspector Hoech, technischen Attachés der kaiserl. deutschen Botschaft in Washington.

Präsidenten vom November 1895 wurde ihr Rechnung getragen, und diese fand einen ganz unglaublich starken Wiederhall im Land.

Die östlichen Mitglieder der American Economic Association, die sich zur achten Jahresversammlung im Dezember 1895 nach Indianopolis begaben, kamen von dort zurück, wie sie sagten, überrascht von der Stärke der Kriegslust, die den ganzen Westen und und Süden entflammte und die im Kongreß weiterhin durch die Armenischen und Cubanischen Resolutionen zum Ausdruck kam. Wenn durch irgend etwas, so schien der Administrationsflügel auf diesem Boden die Partei und sich vor der drohenden Niederlage bewahren zu können[1]. Doch der erneute wirtschaftliche Zusammenbruch infolge der Venezuelabotschaft, das aussichtslose Deficit, die weiterbestehende wirtschaftliche Depression, die das Land aufs neue bedrückte und z. B. in schlechten Preisen und Geschäftslosigkeit des Eisen- und Seidenmarktes, zweier guter Barometer der Unternehmungslust bezw. des Wohlstandes, ihren Ausdruck fand, verminderten die steigenden Hoffnungen schnell wieder.

Cleveland war den eigentlichen Politikern seiner Partei stets mißliebig gewesen, weil er sich nicht als ihr Werkzeug gebrauchen ließ. Mehr und mehr hatte man sich von ihm abgewandt, ihn sogar für die selbstverschuldeten Niederlagen verantwortlich zu machen versucht. Er stand am Ende seiner zweiten Präsidentschaft; nach dem ungeschriebenen Gesetz des Landes kann kein Nachfolger Washingtons ein drittes Mal als Kandidat auftreten. Silberleute, Beutemacher in der Ämterbesetzung, die durch die Aufhebung der Zuckerprämie geschädigten Pflanzer Louisianas, die durch Zollfreiheit der Rohbaumwolle erbitterten Wollproduzenten u. a. m., alle unzufriedenen Elemente thaten sich zusammen. Konnten sie nicht mit dem Administrationsprogramm auf einen Sieg hoffen, so wollten sie es mit einem Antiadministrationsprogramm versuchen.

III.

Das Ergebnis dieser Entwickelung waren die Programme von St. Louis und Chicago, welche hier in ihren Hauptbestimmungen folgen:

A. Die republikanische Platform. Nach einem heftigen Angriff auf die Politik der Demokraten, welche die ihnen zum erstenmal seit dem Kriege wieder vollkommen zu teil gewordene

---

[1] Von anderer Seite wird behauptet, die Botschaft habe den Zweck gehabt, mit England eine Auseinandersetzung herbeizuführen, die als Präcedenzfall bei der bevorstehenden Aufrollung der Alaska- und Nicaraguafragen dienen könne. Der Venezuelastreit werde leichter friedlich gelöst werden können, als diese. Sei man aber hier einig geworden, so werde man sich auch in den anderen Fragen in Frieden auseinandersetzen. — Der Ton der Erlasse stimmt mit diesen Darlegungen wenig überein.

Macht zur Verminderung des Staatseinkommens, zur Heraufbeschwörung eines Deficits, Eingehung von großen Schulden, Umkehrung der Handelsbilanz, Gefährdung der Goldreserve des Schatzes und infolge davon Hervorrufung der Krisis, zur Schädigung des heimischen Wohlstandes mißbraucht hätten, werden die Erfolge der Harrisonschen Periode anerkannt.

Man fordert nunmehr:

1. Wiederaufnahme des Hochschutzzolles, um die fremden Produkte zu besteuern, die heimische Industrie zu ermutigen, den amerikanischen Produzenten zu sichern, dem amerikanischen Arbeiter die hohen amerikanischen Löhne zu erhalten. Man will nicht Finanzzölle allein, sondern darüber hinaus Schutzzölle; und zum Schutze der heimischen Arbeit gegen die niedrig bezahlten fremden Arbeiter sollen die bestehenden Einwanderungsgesetze durchgeführt, Illiteraten (Analphabeten) von der Einwanderung überhaupt ausgeschlossen werden. Der Zucker soll daheim erzeugt und die jährliche Ausgabe von 100 Millionen Dollars für fremden Zucker dadurch beseitigt werden. Die Wollzölle sind wieder einzuführen.

2. Die Meistbegünstigungs-(Reciprocity-) Politik — „der Zwilling des Schutzzolles" — soll wieder aufgenommen werden. Schutz der heimischen Produktion, freie Zulassung der notwendigen Lebensbedürfnisse, die nicht daheim erzeugt werden, das soll die Richtschnur sein.

3. Doch bezüglich der Gegenseitigkeit wird eine äußerst wichtige Einschränkung gemacht: „Wir begünstigen die Wiedereinführung der ursprünglichen amerikanischen Diskriminationszölle zur Verstärkung unserer Handelsmarine und zum Schutz unserer Schiffahrt im Transportverkehr mit dem Auslande, derart, daß amerikanische Schiffe, das Erzeugnis amerikanischer Arbeit in amerikanischen Werften, unter dem Sternenbanner mit amerikanischer Bemannung und Führung segelnd, in amerikanischem Eigentum stehend, den Transport unseres auswärtigen Güterverkehrs wiedergewinnen" [1].

4. „Gesunde Währung" soll aufrecht erhalten werden. Die Partei hat die Wiederaufnahme der Barzahlungen für das Jahr 1879 beschlossen und seitdem ist jeder Dollar ebensogut wie Gold gewesen. Nur nach internationalen Vereinbarungen, deren Herbeiführung man unterstützen will, ist die Freiprägung von Silber ins Auge zu fassen.

Die ganze Landeswährung und alle Schuldverpflichtungen der Vereinigten Staaten sollen auf der bestehenden Goldbasis, der Basis der civilisiertesten Völker der Erde aufrechterhalten bleiben.

5. In der äußeren Politik bleibt die Monroedoktrin die Richtschnur, soweit Intervention zu Gunsten anderer amerikanischer Staaten gegenüber etwaigen europäischen Eingriffen in Frage kommt.

---

[1] Der Diskriminationszoll betrug 3/10 % gegen Einfuhren in fremden Schiffen.

Eine Ausdehnung soll keiner fremden Macht gestattet sein. Die Hoffnung wird ausgesprochen, daß die europäischen Mächte (d. i. England, Frankreich, Spanien, Holland und Dänemark) sich allmählich aus Amerika zurückziehen und alle englisch sprechenden Teile Amerikas sich durch freien Vertrag mit der Union zusammenthun werden. Hawaii soll annektiert, die St. Thomasgruppe gekauft, der Nicaraguakanal von Staatswegen gebaut werden; Sympathie wird mit Cuba ausgesprochen, dem die Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung des Friedens und Erlangung der Unabhängigkeit behülflich sein sollen.

Entgegen der Wahrung der Neutralität in außeramerikanischen Angelegenheiten will man ein Einschreiten gegenüber den armenischen Unruhen, „Schutz der amerikanischen Bürger in der Türkei unter allen Umständen und um jeden Preis", und schließlich zur Stärkung des Landes Vergrößerung der Flotte und Erweiterung der Küstenverteidigung.

6. In der inneren Politik wird das Lynchen verurteilt, Alaska soll im Kongreß vertreten, die Territorien als Staaten zugelassen werden; die Temperenzbewegung soll innerhalb verständiger Grenzen unterstützt, den Frauen ihre Rechte gewahrt werden, deren „Mitwirkung bei der Befreiung des Landes von demokratischer Mißregierung und Mißleitung mit Freuden begrüßt wird." Die von den Republikanern eingeführte Civildienstgesetzgebung soll durchgeführt und nach Möglichkeit erweitert werden.

In socialpolitischer Beziehung findet sich nur eine nebenbei hingeworfene „Verurteilung der heimischen Monopole, wie fremder Einflüsse, örtlicher Diskriminationen und persönlicher Begünstigungen", in möglichst nichtssagender Form bei Erörterung der Schutzzollpolitik. Des weiteren wünscht man die Errichtung eines „nationalen Schiedsgerichts für Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern im Handel zwischen den Bundesstaaten" — nur auf diesen erstreckt sich verfassungsmäßig die Einflußsphäre der Bundesregierung — und die Rückkehr zu der freien Heimstättenpolitik der republikanischen Partei.

B. Das demokratische Programm hält es für notwendig, in einem längeren, phrasenhaften Eingange seine Anhänglichkeit an die Grundsätze der Jeffersonschen Demokratie hervorzuheben.

1. Alsbald folgt eine ungeschminkte Erklärung für Bimetallismus mit unbeschränkter Freiprägung zur Ratio von 16:1, eine Verurteilung der Demonetisation des Silbers im Jahre 1873 entgegen den ursprünglichen Münzgesetzen, die schärfste Mißbilligung der „unamerikanischen, antiamerikanischen, der Freiheitserklärung von 1776 widersprechenden Goldwährung", die für eine britische Politik erklärt wird, „deren Annahme andere Nationen in die finanzielle

Sklaverei von London gebracht und das fleißige amerikanische Volk in die Krisis hineingeschleudert hat" 2c. In Friedenszeiten dürfen keine Zins tragenden Schuldtitel ausgegeben werden und das Schachern mit Finanzkonsortien, „die, mit größtem Gewinn für sich selbst dem Staat Gold zur Aufrechterhaltung der Goldwährung beschafften", wird censiert. Das Privilegium der Notenausgabe soll auf den Staat übertragen werden.

2. Erst in der zweiten Reihe kommt eine kurze und gemäßigte Erklärung über die Zollgesetzgebung in Gegnerschaft zum Mc Kinleyismus, „der Brutstätte für Trusts und Monopole, der einzelne Klassen begünstigte" 2c.

Bis zur Regelung der Währungsfrage soll der Zolltarif nur geändert werden, soweit es sich um eine Vermehrung der nötigen Staatseinnahmen handelt, die durch die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes gegen die Einkommensteuer aus dem Gleichgewicht gebracht sind.

Gleich den Republikanern ist man für Einschränkung der Einwanderung im Interesse der heimischen Arbeit.

3. In der auswärtigen Politik unterschreibt man in allgemeinen Ausdrücken die Monroedoktrin und tritt in sympathischer Weise für die Cubaner auf.

4. In der inneren Politik will man eine Wiederaufnahme der Einkommensteuervorschläge, wenn nötig nach einer Neubesetzung einzelner Stellen im höchsten Gerichtshof[1], „damit die Steuerlasten gleich und unparteiisch verteilt werden, mit dem Ziel, daß auf das Kapital ein angemessener Anteil an den Unkosten der Regierung entfalle".

Für die Civildienstreformbewegung findet man nur eine sehr gewundene Erklärung; man ist gegen lebenslängliche Amtsbesetzung, für Ernennung auf der Basis des Verdienstes, begrenzte Amtszeit und eine „solche Verwaltung der Civildienstgesetze, die allen Bürgern von erprobter Tüchtigkeit gleiche Chancen sichert"[2].

Man ist für Verbesserung der Wasserstraßen im Lande, Zulassung der Territorien und eine Vertretung Alaskas im Kongreß, wendet sich gegen die von Cleveland befolgte Politik der Beseitigung betrügerischer Pensionsbezüge, erklärt, gleichfalls mit

---

[1] Die Bewunderung der Amerikaner für ihren höchsten Gerichtshof, den sie natürlich für das bei weitem beste Gericht der Welt erklären, ist ungemessen. Dem Fremden erscheint derselbe durchaus nicht immer ideal; in wichtigen politischen Fragen vor allem haben seine Entscheidungen oft einen Parteicharakter getragen (vgl. z. B. die „Dread Scott Decision"; von Holst a. a. O. Bd. V, S. 1—37). Im vorliegenden Falle will man, um eine neue Entscheidung zu erzielen, eine Veränderung in der Besetzung des Gerichts („pack the bench"). Man würde also etwa versuchen, einen der dissentierenden Richter auf die eine oder andere Weise zur Resignation zu bewegen, und an seiner Stelle einen Freund der Einkommensteuer ernennen.

[2] Das Beutesystem ist von Jackson offiziell zum Grundsatz erhoben. Nur widerstrebend haben die Demokraten dasselbe dem gemäßigten Flügel zum Opfer gebracht und treten hier versteckt wieder dafür ein.

einer Spitze gegen jenen, daß kein Präsident zum dritten Male gewählt werden dürfe; wie denn die vom Senator Hill beantragte Einschaltung einer Zustimmungserklärung zu der von der Clevelandschen Verwaltung befolgten Politik in die Einleitung des Programms mit mehr als 2/3 Majorität abgelehnt worden war.

5. Socialpolitisch will man gleich den Republikanern die Einführung von Schiedsgerichten für Arbeiterstreitigkeiten. Von besonderer Bedeutung ist neben der üblichen Verwahrung gegen die „Trusts und Pools, gegen die Absorption des ganzen Wohlstandes durch eine kleine Klasse, die Konsolidation des Eisenbahnsystems" 2c., das Verlangen nach einer stärkeren Staatskontrolle der großen Unternehmungen und Erweiterungen der Machtbefugnisse der Interstate Commerce Commission. Scharf wendet man sich gegen die „willkürliche Einmischung der Bundesmacht in lokale Angelegenheiten" und die Regierung vermittels „injunctions" (Einhaltsbefehle in Form einer vorläufigen Verfügung), „eine neue, höchst gefährliche Form der Unterdrückung, durch welche die Bundesrichter über die Einzelstaatsgesetze und die Rechte der Bürger hinweg gleichzeitig als Gesetzgeber, Richter und Volksvertreter auftreten". Nach dieser Richtung müssen Specialgesetze erlassen werden. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Erfahrungen des Chicagostrikes.

C. Auf das Programm der Populisten im einzelnen einzugehen, verbietet der zur Verfügung stehende Raum. Es ist für die bevorstehende Wahl insofern von relativ geringer Bedeutung, als die Partei den demokratischen Präsidentschaftskandidaten auch zu dem ihren gemacht hat und das demokratische Programm selbst populistisch angehaucht ist. Doch wird jener Umstand den Demokraten gerade manche Stimme entziehen. Die Hauptbestimmungen mögen hier folgen:

Noch schärfer als die Demokraten treten sie gegen die Einflüsse europäischer Geldwechsler und der Plutokratie auf die Legislative auf, wie überhaupt für Unabhängigkeit von europäischer Kontrolle.

1. Die Währungsfrage. Bimetallismus, nationales Geld ohne Zettelbanken steht voran. Die Regierung soll die Staatsschulden beliebig in Silber oder Gold bezahlen (d. h. natürlich in Silber), die Goldzahlungsklausel in privaten Kontrakten für ungesetzlich erklärt werden [1].

Die Währungsfrage soll für die vorliegende Campagne das Hauptstichwort sein und ein Zusammengehen mit anderen Parteien, mit denen man hierin übereinstimmt, erfolgen.

2. Socialpolitisch steht man ein für progressive Einkommensteuer, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Telegraphen, Staatsarbeit für Arbeitslose, Verbot der Landspekulationen und Einziehung der im Besitz von Eisenbahnen und Aktiengesellschaften befindlichen,

[1] Angesichts der drohenden Doppelwährung macht man in Amerika mehr und mehr seine Geschäfte unter der Stipulation: zahlbar in Gold.

unbenutzten Ländereien, Eröffnung alles unbenutzten Landes für Besiedelung unter dem Heimstättengesetz. Regierung durch Injunktionen ist ungesetzlich.

3. Präsident, Vicepräsident und Senat sollen direkt gewählt, das Referendum eingeführt werden; Cuba, Pensionen ꝛc. kommen nicht zu kurz.

IV.

Auf Grund der vorliegenden Programme wurde zunächst in der republikanischen Konvention zu St. Louis am 18. Juni William McKinley von Ohio zum Kandidaten der Partei im ersten Wahlgange erklärt. Nach der allgemeinen Anschauung beruht dieser Erfolg nicht auf seiner persönlichen Bedeutung, sondern auf dem Namen, welchen er dem protektionistischen System als Vorsitzender des House Committee on Ways and Means und demgemäß als Antragsteller des seinerzeitigen Schutzzollgesetzentwurfes verliehen hat. Er ist nicht als Mensch, sondern als Begriff, als Träger einer Idee an die Oberfläche gekommen. Er gilt für ehrlich aber keineswegs bedeutend, Beeinflussungen zugänglich; bis vor kurzem hat er in der Währungsfrage einen zweifelhaften Standpunkt eingenommen. Die Größe seines Erfolges verdankt er in erster Linie seinem Wahlfeldmarschall (Campaign Manager) Mark Hanna, einem überaus rührigen, geschickten Mitglied der Partei, der den Erfolg monatelang im stillen durch geschicktes Operieren vorbereitet und gesichert hatte[1]. Schon vor der Konvention war es entschieden, daß der neben Mc Kinley aussichtsvollste Kandidat, der bisherige Sprecher des Repräsentantenhauses, Reed, wenig Hoffnung hatte. (Die Thätigkeit Hannas fällt nicht unter die offizielle Wahlarbeit, sondern dieser hat als der private Vertreter der McKinleygruppe gearbeitet.) So erhielt jener bereits im ersten Wahlgange unter ungeheurem Enthusiasmus die Majorität, nicht, ohne daß er vorher seine bedingungslose Anhängerschaft an ein Goldprogramm der erstaunten Welt erklärt hätte. Nach Annahme der Goldplatform verließ der extreme Silberflügel, übrigens eine überraschend schwache Anzahl, unter Senator Tellers Führung die Halle; man trennte sich von den Republikanern, wie sich vorher bereits einige Silberleute zurückgezogen hatten, um eine eigene Silberpartei zu bilden.

Die Demokraten in Chicago waren wenige Wochen später, am 10. und 11. Juli, in weit größerer Verlegenheit um einen Kandidaten. Bei der Ablehnung des Vertrauensvotums für Cleveland war sofort die Thatsache zu Tage getreten, daß die Antiadministrationspartei, d. i. die Silberleute, nicht nur die Oberhand, sondern die zur Ernennung eines Kandidaten bei den Demokraten erforderliche Majorität von ²/₃ aller Stimmen zur Verfügung hatten. Diese war allerdings nur dadurch

[1] Vgl. über die Methode des Stimmungmachens: Bryce, a. a. O. S. 189.

gesichert, daß die Silberleute in der Mandatsprüfungskommission die Mehrheit hatten und dadurch imstande waren, den rechtmäßig erwählten Delegationen von Nebraska und Michigan aus formalen Gründen die Zulassung zur Konvention zu verweigern. Sie setzten an deren Stelle Silberleute. Der Situation gegenüber entschlossen sich die Vertreter der östlichen Staaten, um nicht offen den Bruch in der Partei darzuthun — ein Verfahren, das angesichts der an sich schon äußerst schlechten Chancen zu einer dauernden Spaltung geführt haben würde — zunächst, sich der Stimme zu enthalten. Sie verließen nicht die Versammlung, aber sie thaten nicht mehr mit. Es war klar, daß der auf das Programm hin zu ernennende Kandidat in den Kreisen des Ostens keine Unterstützung finden werde. Da entschloß man sich, der radikalen Fahne einen radikalen Träger zu geben. Der erst 36jährige Abgeordnete William Jennings Bryan von Nebraska (gebürtig aus Illinois) triumphierte nach fünf Wahlgängen über den alten Silberapostel Bland. Mit ihm gewann die chauvinistisch-agrarische Richtung des Westens, der populistische Flügel der Demokraten, die Oberhand, und bei seiner Kandidatur hoffte man sowohl die dissentierenden republikanischen Silberleute, als die Populisten von der Aufstellung eigener Kandidaten abzuhalten — eine Berechnung, die sich als richtig erwies.

Die Konventionen der Populisten und der Silberpartei tagten gleichzeitig am 23. Juli zu St. Louis. Bryan wurde als offizieller Kandidat anerkannt, während in der Vicepräsidentschaft trotz eines von beiden Parteien gemeinsam eingesetzten Konferenzkomitees eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Für letzteren Posten hatten die Republikaner Hobart von New-Jersey, die Demokraten Sewall von Maine aufgestellt; die Populisten halten an einer eigenen Kandidatur Thomas L. Watsons von West-Virginia fest, da ihnen der Schiffbauer Sewall in seiner Eigenschaft als vielfacher Millionär, Bankpräsident rc. unannehmbar dünkt. Der Vorsitzende des Programmausschusses der Populisten war übrigens der „General" Coxey[1].

Die Golddemokraten haben sich nunmehr teils offen für Mc Kinley, teils in einer am 7. August abgehaltenen Konferenz für Aufstellung eines eigenen Kandidaten erklärt, der in einer Konvention zu Indianopolis am 2. September ernannt werden soll[2]. Nur die New-Yorker Tammany Hall, die korrupteste der korrupten politischen Maschinerien des Landes, hat Bryans Wahl nachträglich bestätigt, und der gewissenlose Senator Hill hat sich ihr angeschlossen.

Ehe wir auf die Bedeutung dieser Vorgänge eingehen, mag vorausgeschickt werden, daß der Ausgang der bevorstehenden Wahl,

---

[1] Siehe Jahrbuch XVIII a. a. O. über ihn.

[2] Man fürchtet, sonst alle östlichen Goldstaaten und damit alle Staatsämter bei der Novemberwahl zu verlieren. (Inzwischen ist die Aufstellung erfolgt; Präsidentschaftskandidat ist Exgouverneur Palmer von Illinois; Vicepräsidentschaftskandidat der ehemals konföderierte General Buckner von Kentucky. Zus. bei der Korrektur.)

soweit ich die Situation zu beurteilen vermag, einigermaßen sicher zu sein scheint. Von 1884—1894 haben die Präsidenten- und Kongreßwahlen ein ununterbrochenes Schwanken des Züngleins der Wage zwischen den Parteien gezeigt; siegten im einen Fall die Demokraten, so siegten im nächsten gewiß die Republikaner, und umgekehrt, weil in Wirklichkeit das Volk mit beiden Parteien unzufrieden war und natürlich nur der jeweilig im Amt befindlichen dies durch eine Niederlage in negativem Protest zu verstehen geben konnte. Es sind noch nicht genügend prägnant gefaßte, allgemein anerkannte Fragen vor der Öffentlichkeit aufgerollt, um bereits einer neuen Parteibildung durchgreifenden Erfolg zu sichern.

Die Erfahrung des Jahres 1893 und 1894 hatte dem Volk vor der demokratischen Verwaltung einen so starken Schrecken eingeflößt, daß selbst prominente Demokraten im Süden, in Staaten, welche stets demokratisch wählten, nach dem Ergebnis der Wahlen vom November 1894 äußerten, die Wiedereinsetzung einer republikanischen Majorität in der Nationalregierung schiene ihnen trotz aller persönlicher Parteivorliebe für die Gesamtheit nützlicher. An drastischen Äußerungen hierüber fehlte es nicht; die New-York Tribune sprach wohl die Ansicht der großen Massen aus, wenn sie siegesbewußt nach jener Wahl meinte, der nächste Präsident werde republikanisch sein, und wenn man eine grüne Ziege zum Kandidaten nominierte!

Die Demokraten waren sich darüber bei dem bedingungslosen Übergehen zu dem radikalen Silberprogramm klar. Es ist der einzige Weg, auf dem sie eine mögliche Rettung erhoffen, doch auch er dürfte sich m. E. als eine Sackgasse erweisen. Wenn es den Agitatoren nicht gelingt, eine völlige Umwandlung der Stimmung herbeizuführen, wird Mc Kinley der nächste Präsident. So aussichtslos, wie sie ursprünglich schien, ist die Sache der Demokraten auf dieser Basis nicht mehr, weil die Währungsfrage in den Augen der West- und Südstaatler vielfach den Charakter eines wirtschaftlichen Evangeliums angenommen hat und sie vom Silber die alleinige Rettung aus allen Nöten erwarten. Daß dies aber ausreichen wird, die Majorität des Volkes zu einem so gewaltigen Experiment fortzureißen, ist nicht sehr wahrscheinlich. Auf alle Fälle ist es den Demokraten gelungen, die Silberfrage für den Wahlkampf zum überragenden Schlagwort zu machen, die Zoll- und alle anderen Fragen in den Hintergrund zu drängen.

Wer vermöchte zu sagen, was ein großes Freiprägungsexperiment für Folgen haben wird? Eine schwere Erschütterung und akute Krisis zunächst auf alle Fälle. Und dann, welch gewaltige dauernde Veränderungen würden eintreten! Die Währungsentwertung würde den Schutz der Industrie durch die Zölle vermindern, da für die Goldländer der Satz entsprechend dem Goldagio verringert würde und man bei einem Doppelwährungsexperiment doch unmöglich Goldzölle einführen kann. Das würde aber auch die Staatseinnahmen aus den Zöllen verkleinern, während die 150 Millionen Dollars Pensionen angesichts der steigenden Preise aus Popularitätsgründen erhöht

werden müßten, nicht minder die Gehälter der Beamten. Die Ausgaben für die jüngst beschlossenen großen Bauten würden noch erheblich steigen; das schon jetzt erschütterte Staatsbudget würde also in noch bedenklicheres Schwanken geraten; nur bei den Zinszahlungen der Staatsschulden ergeben sich Ersparnisse, im übrigen müßten erhebliche Mittel zur Fundierung des Staatshaushaltes neu beschafft werden. Damit wäre das Schatzamt bis auf weiteres völlig außer stande gesetzt, das Ausströmen des Goldes aus dem Lande zu verhindern.

Wie würden sich die landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter, wie die Angestellten von privaten Unternehmungen mit festem Gehalt zu der zunächst ihnen sicher bevorstehenden relativen Lohnreduktion angesichts erhöhter Preise und Staatslasten stellen? Eine lebhafte Agitation ist bereits unter den ca. 1 000 000 Eisenbahnbeamten entfaltet, die man in Railroad Employes Sound Money Clubs zu organisieren versucht. Was würde die Wirkung auf die lokalen Preise sein, auf die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten, auf die Steigerung der heimischen Produktion, die Konkurrenz mit den Goldländern auf dem Weltmarkt, nicht nur in den Silberländern, sondern überall, und bis ins eigene Gebiet derselben hinein? Das sind alles Fragen von solcher Kompliziertheit, daß ihre a priori-Beantwortung ausgeschlossen ist. Daß das eine Land nicht imstande sein wird, den Preis des Silbers, wie Bryan behauptet, wieder auf die Basis von 16 : 1 zu bringen, scheint zweifellos. Ob das Volk in seinem derzeit geschwächten Zustande aber in der Lage ist, die Folgen des Schritts einer zunächst wesentlichen Verschiebung der Einkommensverteilung und der Produktionsbedingungen ohne schwere innere Erschütterung und Klassenkampf zu überwinden, ob sich nicht nach außen hin die schwierigsten Verwicklungen ergeben werden — denn die in Frage stehenden Interessen des Auslandes in amerikanischen Werten belaufen sich auf Milliarden Dollars — ist nicht abzusehen.

Bryan ist als glänzender Redner, als gewandter Agitator, als praktischer, rücksichtsloser Volksmann McKinley zweifellos überlegen. Seinen wirksamen, populären Schlagworten verdankt er die Ernennung, während man von wirklichen Fähigkeiten und gründlicher Bildung bei ihm wenig oder garnichts gehört hat. Er sicherte die Nomination erst in der Konvention durch eine Rede, in der er erklärte, das amerikanische Volk brauche nicht nach außen zu sehen, könne ohne fremde Hülfe seine Währung in Ordnung bringen, wie es ihm paßt, solle sich nicht von Lombardstreet und Wallstreet an das goldene Kreuz schlagen lassen. Das und sein weiteres Auftreten zeigt, in welcher Richtung sich die Schneide der Doppelwährung kehren soll. Es ist die wilde Sprache des bankerotten Schuldners gegen den verhaßten Gläubiger. Es wird versucht werden, jene Rede einerseits in chauvinistischer Richtung, andererseits als das Schlagwort der Masse gegen das Großkapital auszubeuten. Noch bezeichnender in letzterer Richtung wird die Tendenz, wenn man die drei anderen Abschnitte des Programms hinzuzieht, die über die Stellung der beiden großen wirtschaftlichen Gegensätze sich auslassen: „Das Volk, d. h. die Arbeiter-

schaft in ihrer Gesamtheit, Landwirte und Gewerbetreibende, gegen das organisierte Kapital! Das Volk speciell gegen die vom organisierten Kapital kontrollierte Centralregierung und gegen die Gerichte!" — Das sind die Hintergedanken der Paraphrasen über Trusts, Bundesinterventionen und Injunktions[1]. Man darf hinter diesen Sätzen mehr suchen, als in den Worten liegt. Wie das Silberprogramm sind sie ein Fehdehandschuh gegenüber dem Großkapitalismus und ein Nachklang des Chicagoer Strikes, der noch bis heute in breiten Schichten eine tiefe Erbitterung zurückgelassen hat, liegt in ihnen. Die allgemein verurteilte Weigerung der Pullman Company, sich in jenem Strike einem Schiedsspruch zu fügen, hat ja auch die Republikaner veranlaßt, nach offiziellen, nationalen Schiedsgerichten zu verlangen.

Prof. Taussig hat schon vor einigen Jahren geäußert, daß der große Kampf zwischen Kapital und Arbeit in der Form einer Verstaatlichungsbestrebung der Eisenbahnen ꝛc., im Streben nach weitgehender, öffentlicher Kontrolle der Großunternehmungen in absehbarer Zeit in den Mittelpunkt der Kämpfe gerückt werden werde.

---

[1] Der Chicagostrike hat seine Schatten in die demokratische Konvention hineingeworfen. Leider war der Verfasser verhindert, die beabsichtigte, gründliche Darstellung und Würdigung des Strikes in seiner vollen Bedeutung als Fortsetzung zu dem Aufsatz über die Krisis von 1893 zu geben. (Vgl. über denselben Report on the Chicago-Strike of June-July 1894 by the United States Commission, Washington 1895; siehe auch W. M. Salter, Anarchy of Government, New York 1895, Kap. 8: The Pullman-Chicago Strike of 1894). Der Gewerkverein der Eisenbahnangestellten hatte einen Boykott über die Pullmanwagen verhängt, weil in den Pullmanschen Werken die Arbeiter in einem berechtigten Strike zu unterliegen drohten. Man hatte ihnen im Herbst 1893 die Löhne reduziert, nicht dagegen den höheren Beamten und den Präsidenten der Kompanie die Gehälter, auch eine entsprechende Reduktion der Mieten in der der Kompanie gehörigen Stadt Pullman, in welcher viele der Arbeiter wohnten, verweigert; den Aktionären wurde dabei die übliche Dividende von 8 % nach wie vor fortbezahlt. Im Verlaufe jenes hieran sich knüpfenden „Sympathiestrikes" wurden gerichtliche Einhaltsbefehle gegen die Strikenden und ihre Führer erlassen, da ihnen erstens Störungen des Interstate Commerce und zweitens Gewaltthätigkeiten vorgeworfen wurden. Letztere übrigens, wie sich nachher herausstellte, rührten meist von Nichtstrikern her; ja, wie John Graham Brooks festgestellt hat, waren sie sogar zum Teil von den interessierten Gesellschaften zur Diskreditierung des Strikes angestiftet. Die Führer der Arbeiter erachteten die Einhaltsbefehle für ungesetzlich und hielten sich daher nicht daran gebunden, wurden alsbald gefänglich eingezogen und mit Freiheitsstrafen wegen „Contempt of Court" (Mißachtung des Gerichts) belegt. Die Behauptung, daß die Richter hierbei ungesetzlich, parteiisch und im Interesse, wenn nicht gar im Einverständnis mit der Gegenpartei gehandelt haben, wurde nicht nur vielfach ausgesprochen, sondern der erste Teil hat eine offizielle Bestätigung durch die ersten Juristen des Landes gefunden (Proceedings of the Saratoga Meeting of the American Bar Association, 23—24. August 1894). Und in letzterer Hinsicht haben mir eigene Erfahrungen die feste und begründete Überzeugung gebracht, daß die Vertreter der einen Seite sich zum Mindesten in der Lage fühlten, auf die Entscheidungen der Richter einen bestimmenden Einfluß auszuüben. — Der Eingriff der Bundesregierung in die Unruhen durch Truppenentsendung wird von Salter als berechtigt anerkannt (a. a. O. S. 148 ff.), denn wo Unruhen entstehen, muß die Regierung unter allen Umständen Ordnung schaffen; die Demokraten indes, auf dem alten Boden des historischen „Rechts der Einzelstaaten" stehend, verwahren sich hiergegen und finden bei den Populisten Unterstützung.

Die jetzige Konstellation bedeutet einen Schritt weiter in dieser Richtung, wenn auch Währungsfragen und Zollpolitik eine hervorragendere Stellung in den Debatten einnehmen werden und das Populistenprogramm nicht völlig von den Demokraten adoptiert ist. Diese zwei Punkte müssen in der That eine Lösung finden, ehe eine sociale Arbeit auf gesicherter Basis unternommen werden kann. Demgegenüber werden die beteiligten Kapitalmächte versuchen, den Kampf solange als möglich hinauszuschieben und sei es ihrerseits selbst durch einen Vorstoß in der Richtung des Chauvinismus.

Die Demokraten sind — wenn auch vielleicht nur vorübergehend — auf dem besten Wege, die Wandlung durchzumachen, welche vor einigen Jahren unter Führung Lord Randolph Churchills sich vorübergehend unter den englischen Liberalen anzubahnen schien, d. i. gewisse, staatssocialistische Tendenzen zu adoptieren.

Um zu erkennen, wie dies im bewußten Gegensatz zu der republikanischen Partei geschieht, muß man wissen, daß diese ihre Zeltpfähle fest in den Boden des Großkapitalismus hineingeschlagen hat. Hanna ist ein reicher Großindustrieller, Interessent in den verschiedensten Unternehmungen, mit den großen Eisenbahnen und Produktionsinteressen des Landes eng verknüpft und der designierte Vicepräsident Hobart steht sogar in engster Verbindung mit dem Standard Oil Trust. Allerdings haben die Demokraten in dem Vicepräsidentschaftskandidaten Sewall ein Zugeständnis an das Großkapital versucht, der aber dann von links und rechts verleugnet worden ist. — Die gewaltigen Kapitalien, die dem Wahlfonds der Republikaner aus diesen Kreisen, wie aus allen Zweigen der Schutz suchenden Industrie zufließen werden, erfahren eine weitere Erhöhung durch die notgedrungene Erklärung der sogenannten Großfinanz für den Goldwährungskandidaten, und dieses bietet eine Gewähr für die Wahl Mc Kinleys. Die Silberleute werden an Geldmitteln in der Campagne es dem Gegner nicht gleichthun können und das ist für amerikanische Verhältnisse von ungeheuerster Bedeutung.

V.

Wenn wir uns nun alsbald die Frage stellen, was das Interesse Deutschlands an dieser Wahl ist, liegt es auf der Hand, daß nicht, wie im Jahre 1892, von der einen Seite ein größerer Vorteil für Deutschland zu erwarten ist, wie von der anderen. Der Mc Kinleytarif hatte einen schweren Schlag für zahlreiche unserer Exportindustrien ausgemacht. Von der Freihandelspartei hoffte man nicht nur eine Rückgängigmachung der finanziellen Seite dieser Maßregel, sondern die allgemeine Wiederanbahnung besserer Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die Beseitigung der mit dem Mc Kinleytarif Hand in Hand gehenden, äußerst lästigen amerikanischen Ausführungsbestimmungen.

Diesmal handelt es sich einfach um die relative Größe zweier

Übel; wobei die ev. Wahl des Golddemokraten als aussichtslos nicht in Betracht kommt.

Die demokratische Verwaltung hat sich in der Praxis bereits nichts weniger als freundlich gegen Deutschland gezeigt, wie z. B. in der Feststellung des Differentialzolles von 1/8 Cent auf den, Ausfuhrprämien genießenden, deutschen Zucker.

Notgedrungene Zollerhöhungen, Vorgehen gegen die fremde Einwanderung, diskriminierende Schiffahrtsgesetze (s. unten) und vor allem eine ganz sicher bevorstehende, ganz kolossale Erschütterung und Zusammenbruch in Privat- und Staatsbankerotten, die bei der augenblicklich nicht sehr befestigten wirtschaftlichen Position irgend eines Landes zu einem akuten Wiederausbruch der Weltkrisis führen werden, abgesehen von den Schädigungen der Gläubiger amerikanischer Unternehmungen, das wird man von einer neuen demokratischen Verwaltung zu gewärtigen haben [1]. Schon die steigende Wahrschein-

---

[1] Als größter Gläubiger Amerikas würde England zwar unendlich schwerer geschädigt werden als Deutschland, doch sind erhebliche deutsche Kapitalien in amerikanischen Werten angelegt. Sie werden auf über 200 Millionen Dollars geschätzt; allein an Northern Pacific Bonds ꝛc. sind 50 Millionen in Deutschland. Die Gefahr würde sich auf zahlreiche Verbindlichkeiten, deren Begleichung ausdrücklich in Gold bereits heute stipuliert ist, ausdehnen, denn auch bei ihnen würde es sich fragen, ob die Amerikaner zahlungsfähig bleiben. — Z. B. die großen Eisenbahnen, deren Obligationen in Gold zahlbar sind, werden angesichts des Einspruchsrechts der Interstate Commerce- und der Einzelstaats-Eisenbahnkommissionen kaum imstande sein, ihre Tarife und damit ihre Einnahmen in einem irgendwie gegenüber der Münzverschlechterung in Frage kommenden Maße zu erhöhen. Gebraucht z. B. die Northern Pacific Eisenbahn zur Deckung ihrer Obligationsverbindlichkeiten 6,1 Millionen Dollars in Gold, so wird sie, selbst angenommen ein erhebliches Steigen der Silberpreise, wenn das Gold in New York auch nur einen Kurs von 125 erhält, eine Einnahme von 7½ Millionen Dollars in amerikanischer Währung zur Bezahlung ihrer Goldschulden ernten müssen, bei 150 %: 9,3 beim heutigen Kurs von 12½. Die fundierte Schuld der Eisenbahnen des Landes, von der über 80 % ausdrücklich Zinszahlung in Gold stipuliert, betrug im Jahre 1891 (das gewählt wird, um ein Beispiel aus der Zeit vor der Krisis von 1893 zu haben) 5,2 Milliarden Dollars. Seitens der Bahnen wurde bezahlt 1891 in Millionen Dollars:

Distrikt	Obligationszinsen	Dividenden
New England	8,3	11,5
Middle Atlantic	56,6	34,1
Central Northern	60,3	26,7
South Atlantic	15,1	4,2
Gulf and Mississippi River	13,3	3,1
South Western	31,1	3·2
North Western	27,6	4,6
Pacific	13,1	3,3
	225,3	90,5

Das Goldagio würde eine furchtbare Wirkung haben. Gesetzt 45 Millionen Dollars wären in Währung zu bezahlen, so blieben 180 Millionen Goldschulden

lichkeit einer Wahl Bryans würde wahrscheinlich zu einer Krisis führen, weil Europa alle geliehenen Kapitalien herausziehen, alle amerikanischen Werte zurückschicken wird.

Hier soll nur von den Folgen der Wahl McKinleys die Rede sein.

Gegen die von beiden Programmen vorgesehene Einwanderungsbeschränkung innerhalb gewisser Grenzen wird sich wenig sagen lassen; man muß den Amerikanern Recht geben, wenn sie den Strom der alleruntersten Schichten des europäischen Ostens und Südens von ihren Gestaden ablenken möchten. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben hier in der That eine sociale Gefahr gezeigt. Das würde die deutsche Einwanderung keineswegs treffen, denn der deutsche, englische und skandinavische Einwanderer ist gern gesehen; nur unsere Schiffahrt würde darunter leiden.

Die Frage des Zolltarifs an sich liegt gleichfalls zum Teil außerhalb des Bereiches direkter Stellungnahme. Ist es doch Deutschland selbst, das durch sein Vorgehen Ende der siebziger Jahre der Welt eine neue Lektion in der Hochschutzzollpolitik erteilt hat. — Die besondern Forderungen und Wünsche der Republikaner in dieser Richtung, sowie die ausgesprochene Tendenz ihrer Politik sind indes vieleicht doch geeignet, Europa auf neue Bahnen zu lenken.

Noch nie hat man den Satz „Amerika den Amerikanern" in so aggressiver Form ausgesprochen; mag er für Phrase zu Wahlzwecken erklärt werden, auf alle Fälle entspricht er den Anschauungen der Massen.

An der außenpolitischen Seite der Platformen hat Deutschland ein geringes Interesse. Spaniens Haltung in den letzten Jahren bietet keine Veranlassung zu einer Unterstützung gegen amerikanische Intervention in Cuba. Eine Anerkennung der Annexion Hawaiis dürfte sich vielleicht mit einer Regelung der Verhältnisse in Samoa, d. i. Cession der amerikanischen Kontrollrechte vereinigen lassen. Wie der Nicaraguakanal nach seinem Bau verwaltet wird, ist Sache der Zukunft.

Nur der Erwerb von St. Thomas würde direkt in die Interessensphäre Deutschlands einschneiden. Dieser dänische Freihafen ist seit Ende des vorigen Jahrhunderts das Centrum des deutsch-mittel-

---

für Bonds. Die 90 Millionen Dividenden, die übrigens inzwischen nicht annähernd mehr aufgebracht sind, würden bei einem Goldagio von 50 % absorbiert sein. Bei dem heutigen Kurse des Silbers, dem Agio von 90—100 % wäre fast das ganze Eisenbahnsystem des Landes bankerott. Natürlich stehen nicht alle Linien gleichmäßig. Eine würde schwerer als die andere getroffen werden. Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß schon ein Agio von 25 % die große Majorität in den unteren Distrikten ruinieren würde. Eine bankerotte Bahn ist aber nicht nur für den Gläubiger, sondern auch für das von ihr abhängige Land angesichts ihrer schleppenden Verwaltung durch „Receivers" ein Unglück.

amerikanischen Handelsverkehrs gewesen[1] und spielt heute als Knotenpunkt der Hamburger Paketfahrtlinie eine äußerst wichtige Rolle. Hier nimmt die deutsche Marine Proviant und Kohlen ein. Sein Übergehen in amerikanischen Besitz würde aus dem Freihafen einen Zollhafen machen und Deutschlands Stellung auf jenem Platz präjudizierlich sein, dessen es als Stützpunkt in jenen Gewässern schon bei dem heutigen Stande seines Handels mit Mittelamerika, Venezuela und den Inseln bedarf, und noch dringlicher nach Durchführung eines Kanalprojektes benötigen wird. Dänemark will die Gruppe von St. Thomas und St. Croix bereits seit längerem gern verkaufen[2]. Deutschland muß Mittel finden, sie zu erwerben, wenngleich die Neigung Dänemarks, an uns zu verkaufen, vielleicht geringer sein wird, als gegenüber England und Amerika. Letzteren dürfen sie aber keinenfalls zufallen; England würde doch wenigstens den Freihafen bestehn lassen.]

Das System protektionistischer Maßregeln, die in Aussicht stehen, ergiebt eine wichtige Frage. Wird es nach Durchführung derselben im Interesse Deutschlands liegen, auf dem Boden der bisherigen vertragsmäßigen Bestimmungen stehen zu bleiben, oder empfiehlt es sich nicht, der veränderten Situation gegenüber eine veränderte Basis der handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu suchen? — Weiter noch: Liegen nicht ähnliche Momente für andere Nationen vor, mit denen sich eine gemeinsame Aktion anbahnen ließe?

VI.

Der Handelsverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten für die letzten fünf Jahre ist aus folgenden beiden Tabellen der deutschen und der amerikanischen Statistik ersichtlich:

(Siehe die beiden Tabellen auf der folgenden Seite.)

Danach hat in dieser Periode der Verkehr beider Länder miteinander in den Werten zwischen 10 und 12½ % des Gesamtverkehrs geschwankt. Die Tendenz der deutschen Einfuhr in Amerika ist im ganzen in den Werten zurückschreitend gewesen, während die amerikanische Einfuhr in Deutschland schwankend war (erklärt vor allem durch die Getreideernten). Die Bedeutung Deutschlands für

---

[1] Vgl. z. B. Beiträge zur Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen Hamburg und Amerika, S. 20, 64, 65, 75, 82 aus Hamburgische Festschrift zur Erinnerung an die Entdeckung Amerikas, Bd. II.

[2] Der Niedergang der Zuckerproduktion, die Abnahme des Verkehrs dieses einstigen Knotenpunktes des Gesamthandels im amerikanischen Mittelmeer, der Abzug der früher dort ansässigen Kapitalisten und Händler, deren persönliche Anwesenheit durch den Telegraphen unnötig gemacht ist, hat die lokalen Einnahmen verringert und die Inseln erfordern einen Zuschuß vom Mutterlande, dem keine Vorteile von Belang für den dänischen Handel gegenüberstehen. Vgl. das Nähere in des Verf. Reisebriefe aus Westindien und Venezuela, Hamburg 1896.

a. Deutsche Einfuhr von und Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika in den Jahren 1893—95[1].

Jahr	a. Einfuhr in Deutschland		b. Ausfuhr aus Deutschland	
	Wert in Millionen Mark	% der Gesamteinfuhr Deutschlands	Wert in Millionen Mark	% der Gesamtausfuhr Deutschlands
1891	456,5	10,4	357,8	10,7
1892	612,0	14,5	346,7	11,0
1893	458,1	11.1	354,3	10,9
1894	532,9	12,4	271,1	8,9
1895	511,7	12,1	368,7	10,8

b. Ein- und Ausfuhrverkehr der Vereinigten Staaten mit Deutschland für die fiskalischen Jahre, endigend am 30. Juni[2]. (Gold und Silber nicht eingeschlossen.)

Jahr	a. Einfuhr in die Vereinigten Staaten				b. Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten	
	Millionen Dollars zollfrei	Millionen Dollars zollpflichtig	Gesamteinfuhr	% der Gesamteinfuhr der V. St.	Millionen Dollars[3]	% der Gesamtausfuhr der V. St.
1891	19,5	77,8	97,3	11,5	92,3 (1,1)	10,5
1892	18,9	64,0	82,9	10,0	105,5 (1,3)	10,2
1893	25,0	71,1	96,1	11,1	83,6 (1,6)	9,9
1894	23,8	45,6	69,4	10,6	92,3 (2,3)	10,3
1895	15,9	65,1	81,0	11,1	92,0 (1,4)	11,4

Amerika hat namentlich auf der Seite der Ausfuhr im Verhältnis zur Gesamtheit des amerikanischen Außenhandels zugenommen, während Amerika für Deutschland unter dem McKinleytarif als Absatzgebiet verloren hat. In der Einfuhr standen die Vereinigten Staaten 1891 in Deutschland an vierter, 1892 an zweiter, 1893 an dritter, 1894 an vierter, 1895 an vierter Stelle, in der Aus-

[1] Nach den Tabellen des Specialhandels im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Bd. 13—17, und „Deutschlands Handel im Jahr 1895". I. Teil. Berlin 1896.

[2] Nach The Foreign Commerce and Navigation of the United States for the year ending June 30th 1895. Washington 1896, Part. 1, Vol. 2, Seite 963—966.

[3] Die eingeklammerten Zahlen bedeuten Wiederausfuhren fremder Waren, die in den ersten Zahlen der Spalte nicht eingeschlossen sind.

fuhr gingen sie von der zweiten Stelle des Jahres 1892 auf die dritte in den folgenden Jahren zurück. In den Vereinigten Staaten nahm Deutschland in der Periode, endigend am 30. Juni des betreffenden Jahres, als Importeur 1891 die zweite, 1892 die dritte, 1893 die zweite, 1894 die dritte, 1895 die zweite Stelle ein; vor ihm stand stets Großbritannien und zeitweilig Brasilien (Kaffee). Als Absatzgebiet für die amerikanische Ausfuhr hielt es sich dauernd an zweiter Stelle, wobei zu beachten, daß die Importe Amerikas von Deutschland sich um 50 % derjenigen von Großbritannien herumbewegen, während die Exporte Amerikas nach Deutschland von 20 auf etwa 24 % derjenigen nach Großbritannien gestiegen sind.

Von 1821 bis 1867 in größeren und kleineren Perioden mehrfach schwankend, war die Handelsbilanz Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von 1868 bis 1881 für Deutschland negativ, von 1882 bis 1891 mit Ausnahme des Jahres 1883 stets positiv[1]; von 1892 an wird sie wieder negativ.

Im Durchschnitt des Jahrzehnts von 1871 bis 1880 hatten die Vereinigten Staaten nach Deutschland im Specialhandel für 51,8 Millionen Dollars Waren entsandt, von 1881 bis 1890 für 63 Millionen Dollars, während sie in den gleichen Zeiträumen 40,7 bezw. 70,4 Millionen Dollars Waren im Durchschnitt empfingen.

Diese Zahlen gewinnen noch mehr an Bedeutung bei einem Eingehen ins Detail[2].

Bisher sind die Hauptausfuhren der Vereinigten Staaten nach Deutschland Rohstoffe gewesen (in Millionen Dollars):

	Jahre, endigend am 30. Juni				
	1891	1892	1893	1894	1895
Cerealien	2,4	19,4	6,5	7,8	3,9
Rohbaumwolle	50,4	43,5	36,9	34,7	43,1
Petroleum	9,6	7,2	5,4	3,5	4,8
Baumwollsaatöl und Ölkuchen	1,3	2,5	2,9	3,7	3,3
Schmalz, Schinken, Fleischkonserven, Margarine, Butter 2c..	9,0	11,2	11,0	13,6	12,5
Rohtabak	3,8	3,9	4,7	3.9	3,9

[1] Siehe die Tabelle in „Statistical Tables Exhibiting the Commerce of United States with European Countries", from 1790 to 1890. Washington 1893, S. XXVIII.

[2] Siehe vollständige Tabelle der amerikanischen Einfuhr von und Ausfuhr nach Deutschland 1890—95 im Anhang.

Diese sechs Gruppen von landwirtschaftlichen Produkten und Petroleum machen drei Viertel des Gesamtbetrages aus, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Bezüge Deutschlands aus den Vereinigten Staaten erheblich größer sind, weil ein Teil indirekt über England, Belgien und Holland ankommt.

Die Einfuhren der Vereinigten Staaten von Deutschland weisen als größere Posten auf (in Millionen Mark):

	Jahre, endigend am 30. Juni				
	1891	1892	1893	1894	1895
Chemikalien, Droguen und Farbstoffe	7,0	7,6	9,1	7,0	8,7
Zucker	13,0	5,0	9,6	11,1	16,8
Glas und Glaswaren	3,4	3,8	3,3	2,6	2,5
Leder und Lederwaren	3,6	3,9	4,9	3,0	4,3
Baumwollfabrikate	8,0	8,0	9,3	6,7	9,8
Flachs, Hanf und Jute	2,0	2,5	2,7	1,6	1,8
Seidenwaren	9,8	6,9	8,6	5,2	6,5
Wolle und Wollwaren	9,9	11,0	11,7	7,2	10,7

In erster Linie sind es die deutsche Textil-, Zucker-, Leder-, Glas- und chemische Industrie, welche auf dem amerikanischen Markte interessiert sind; die Textilindustrie allein ist mit über 30 % an der deutschen Einfuhr in Amerika beteiligt.

Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß für all diese Untersuchungen die amerikanischen Quellen verwandt sind, bei denen die Zahlen der deutschen Einfuhr naturgemäß höher, die Zahlen der Ausfuhr niedriger sind, als in der deutschen Statistik, da die Transportkosten 2c. bei der Einfuhr eingeschlossen sind, bei der Ausfuhr aber nicht. Bei Beachtung der deutschen Zahlen stellt sich der Fall noch ungünstiger. In amerikanischen Quellen selbst wird nun triumphierend hervorgehoben[1], wie sich die Stellung der Industrie Deutschlands auf dem amerikanischen Markte verschlechtert. Im Jahre 1894 im Vergleich mit 1893 vermindert sich die Einfuhr deutscher Industrieprodukte um nahezu 63 %, besonders für Baumwoll-, Leinen-, Glas-, Eisen- und Stahlwaren, Leder und Lederwaren, Papier und Papierwaren, Seiden- und Wollwaren. Nur die Rübenzuckereinfuhr steigt von 9½ auf 11 Millionen Dollars[2].

---

[1] Review of the World's Commerce; introductory to Commercial Relations of the United States with Foreign Countries, during the years 1894—1895, Department of State. Washington 1896, S. 119—126.

[2] ib. S. 123.

Dagegen weisen die Ausfuhren amerikanischer Fabrikate nach Deutschland eine erhebliche Steigerung auf, speciell landwirtschaftliche Maschinen, Kunstwerke, Fuhrwerke, Baumwollwaren, Gummiwaren, Maschinen und Wollwaren 2c. Für diese belief sich die Zunahme auf fast 44 %, von 2,5 auf 3,6 Millionen Dollars, während die Gesamtausfuhren von Manufakturen nach Deutschland um 17 % zunahmen[1].

Die große Freude dieses Berichtes des Auswärtigen Amtes zu Washington über die günstige Handelsbilanz scheint nun zwar ein wenig zu lebhaft; denn in einem großen Teil der Bezüge nimmt Deutschland Zinsen für dargeliehene Gelder ein; auch sind das Überwiegen des deutschen Schiffahrtsinteresses im Verkehr zwischen den beiden Ländern und die daraus Deutschland zufließenden Einnahmen nicht berücksichtigt, sodaß die 20 Millionen negativer Handelsbilanz nichts weniger als beunruhigend sind, und schließlich bezieht sich die Aufstellung auf ein Jahr der Krisis, in dem der amerikanische Markt besonders kaufunkräftig war, — doch liegt auf alle Fälle in der Tendenz der Entwickelung eine ernste Mahnung.

Wenn die Vereinigten Staaten einen neuen Hochschutzzoll einführen, der wie der Mc Kinleytarif namentlich unsere Textil-, Rohzucker-, Leder-, Papier-, Glas- und chemische Industrie treffen würde, so muß Deutschland demgegenüber Stellung nehmen.

Dazu kommt aber nun die Auswanderungs- und Schiffahrtsfrage in Betracht. Unter der Meistbegünstigung in der Schiffahrt spielt die deutsche Flagge eine hervorragende Rolle und steht nur England und den Häfen der Vereinigten Staaten nach.

Es waren beteiligt an der amerikanischen Seeschiffahrt im Verkehr mit fremden Ländern im Durchschnitt der Jahre, endigend am 30. Juni und in Millionen Tons[2]:

	deutsche	britische	amerikanische	Gesamtsumme
1881—1885	1,1	7,0	2,8	13,6
1886—1890	1,1	7,0	3,0	13,6
1891—1895	1,6	8,7	3,7	16,8

In Deutschland kamen an von den Vereinigten Staaten im ganzen:

[1] ib. S. 125.

[2] Statistical Abstract of the United States. No. XVIII. Washington 1896.

Jahr	Schiffe	Register-Tons Millionen	Prozent der Gesamt-tonnenzahl
1891	916	1,8	13,3
1892	1033	2,0	13,1
1893	916	1,8	13,3
1894	868	1,9	14,8

Der Mc Kinleytarif mit seinen lästigen Ausführungsgesetzen, die durch die einwanderungsfeindliche Politik wie die kritische Lage des Landes verringerte Einwanderung und die rigorose Handhabung der Einwanderungs- und Schiffahrtsgesetze haben der deutschen Schiffahrt bereits das Leben sehr erschwert, und mehrere Jahre hindurch waren die zwei größten deutschen Schiffahrtsunternehmen, die Hamburg-Amerikanische Paketfahrts-Aktiengesellschaft und der Norddeutsche Lloyd, nicht in der Lage, Überschüsse unter ihre Aktionäre zu verteilen. Erst neuerdings hat sich die Prosperität der Schiffahrt wieder gehoben. Wenn neben weiteren Erschwerungen des auswärtigen Handels und Verkehrs gar die vorgeschlagenen Diskriminationen zu Gunsten des amerikanischen Schiffs eingeführt werden, zu welchen bisher erst schüchterne Versuche in gewissen Begünstigungen der American Line zwischen New-York und Southampton bezw. Antwerpen durch günstigere Postkontrakte vorliegen, wird dieser wichtige Zweig eine schwere und bedenkliche Schädigung erfahren. Es wäre damit „in dem freiesten Lande der Welt" der Schlußstein in einem System gelegt, welches der vorigen Generation für immer beseitigt galt, und eine Rückkehr zu der um die Mitte des 17. Jahrhunderts in dem Mutterlande zur vollen Durchbildung gekommenen Politik der Schiffahrtsakten zur Thatsache geworden[1].

Gerade die Rücksicht auf das Schiffahrtsinteresse sprach für die deutsche Reichsregierung bei der Inkaufnahme des Mc Kinleytarifs ein maßgebendes Wort mit. Vor allem der meistbegünstigten Schiffahrt halber sah man von einem Aufgeben der bei Begründung des Norddeutschen Bundes bezw. des Deutschen Reiches übernommenen Preußischen und Hanseatischen Meistbegünstigungsverträge mit den Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1827 ab.

[1] In der Schiffahrtsfrage sind auch die Demokraten gleich gesinnt. Der Kandidat Sewall wurde am 9. April zum Vorsitzenden der American Merchant Marine Association in Philadelphia gewählt, deren ausgesprochenes Ziel die Wiedereinführung der Diskriminationspolitik ist. Gerade deshalb wurde er in Chicago aufgestellt. (The Nation. Nr. 1624, S. 114.)

VII.

Wenn die europäischen Mächte nunmehr die Sachlage richtig erfassen, müssen sie nicht warten, inwieweit der nächste Kongreß unter einem neuen Präsidenten den verschiedenen Punkten des Programms gemäß handeln wird. Deutschland speciell hat in der jüngsten Ära der Handelsverträge die Folgen einer nicht rechtzeitigen Schaffung von eventuellen Kampfmitteln erfahren. Es hat ferner gesehen, wie trotz der aufrichtigen Unterstützung der amerikanischen Administration der Kongreß die unberechtigte Maßregel der Diskrimination bei Zuckereinfuhr aus den Ländern mit Exportprämien mit seiner gegen Deutschland gerichteten Spitze annahm und hat sich demgegenüber mit einem Protest und Retalation gegen Baumwollsaatöl 2c. begnügen müssen.

Wenn etwas geschehen soll, so wird die Vorbedingung für den Erfolg sein, daß es frühzeitig geschieht, um den amerikanischen Exporteuren und Lieferanten Zeit zu lassen, zu den Ereignissen Stellung zu nehmen und ihre eigenen gefährdeten Interessen an entsprechender Stelle zu verteidigen, ehe diese oder jene Maßregel schon in die Wege geleitet ist. Gleich des näheren hierüber.

Der Präsident wird am 2. November gewählt, am 3. März 1897 inauguriert; unter normalen Umständen würde der nächste Kongreß sodann am darauffolgenden ersten Montag im Dezember sich versammeln, es bliebe also der europäischen Politik ein Jahr zur Überlegung. Doch wird sehr wahrscheinlich bei der Notlage der Staatsfinanzen der Kongreß zu einer Extrasitzung, etwa im April oder Mai einberufen werden; man hat daher mit der Möglichkeit einer nur halbjährigen Frist zu rechnen.

A. Am wünschenswertesten ist, daß ein Übereinkommen zwischen verschiedenen europäischen Mächten zustande kommt.

Es waren beteiligt am Handel mit den Vereinigten Staaten in der Zeit von 1891—1895 (nach der amerikanischen Statistik):

Land	Einfuhr in Amerika (in Millionen Dollars)	Ausfuhr aus Amerika (in Millionen Dollars)	Schiffahrt in Millionen Tons
Deutschland	87,4	93,3	1,6
Österreich-Ungarn	8,5	1,2	0,0
Italien	21,8	14,7	0,2
Belgien	10,2	31,3	0,3
Holland	13,3	36,2	0,3
Frankreich	66,1	61,4	0,3
Summe	207,3	238,1	2,7
England	142,1	436,8	10,7
Summe	349,4	774,9	13,4

1. Die Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins hat in den letzten Jahren an Popularität gewonnen, doch ist sie kaum ausführungsreif. Die Wahrscheinlichkeit, England zu einer umfassenden Mitwirkung heranzuziehen, ist sehr gering; ob nicht aber in Frankreich heute vorurteilslosere Prüfung des Nutzens eines gemeinsamen Vorgehens innerhalb gewisser Grenzen zu erwarten ist, lohnt zum mindestens einen Versuch.

Wenn ein Zusammengehen mehrerer Mächte zustande kommt, so dürfte zunächst eine authentische Interpretation der Anschauungen der europäischen Kabinette am Platze sein, in welchem Umfange sie die Monroedoktrin als anerkannten Satz des Völkerrechts hinzunehmen bereit sind, sowie die Feststellung, daß es eine Grenze giebt, jenseits derer die Vorkämpfer des Pan-Amerikanismus sich einem paneuropäischen Einschreiten aussetzen könnten. Hierzu werden die amerikanischen Kolonialmächte voraussichtlich geneigt sein und es ist ja in erster Linie auch ihre Sache. Weswegen soll Europa dem Kongreß zu Washington und der amerikanischen Diplomatie das Recht einräumen, in einer Weise öffentlich über die europäischen Angelegenheiten sich auszulassen und diplomatisch eine solche Haltung zu führen, wie einer europäischen Macht von der anderen schwerlich gestattet werden würde. Der verständliche Grund der bisherigen Nichtbeachtung ist wohl in der geringen Bedeutung zu suchen, die man derartiger Handlungsweise seitens der Vereinigten Staaten in Europa zumißt. Doch wird ein Fortfahren in gleicher Linie bei dem notorisch dem amerikanischen Volke innewohnenden, von der Presse und den Politikern genährten stark gesteigerten Selbstbewußtsein voraussichtlich falsch gedeutet werden und leicht eines Tages zu lästigen Weiterungen führen.

2. Sodann ist auf ein Einverständnis hinsichtlich gemeinsamer Zollerhöhungen gegen wichtige amerikanische Einfuhren hinzuwirken. — Bei der Feststellung des neuen amerikanischen Tarifs werden die dortigen großen Industrievereinigungen, Kartelle, Trusts und sonstige Interessenvertretungen mit Hochdruck für ihre besonderen Zwecke in der üblichen Weise eintreten, d. h. u. a. auch die nötigen Geldsummen aufbringen, um sich den Zugang zu den maßgebenden Kreisen durch die „Lobby“[1] zu verschaffen und, wenn erforderlich, auch den guten Willen der ersteren direkt zu „erwerben“.

Mit gleichen Mitteln dieser Art in Washington zu arbeiten, dürfte sich kaum geziemen. Wohl aber könnte man Zolltarife (Maximaltarife) in solchen Zweigen einführen, in denen sich gleichfalls organisierte Kapitalmächte vorfinden, die dann ein aktives Interesse fänden, mit konkreten Mitteln den Nachbarn entgegenzuarbeiten. Zunächst kommen hierbei in Betracht Fleischwaren und Schmalz 2c., die Domänen der Chicagoer Packer; Petroleum, der Artikel des Standard Oil Trust; Baumwollsaatöl und Ölkuchen mit der American Cotton Oil Co.; Spirituosen mit dem Whiskey Trust; dann könnte man

[1] Über die Lobby siehe Bryce a. a. O. Bd. I, S. 677 ff.

den Tabak, die Maschinen, Nähmaschinen, das Getreide, die Holz-, Vieh- und Pferdeeinfuhr aufs Korn nehmen.

3. Nach Analogie der amerikanischen Praxis beim Zucker muß ein Zollzuschlag für die Importe in Schiffen solcher Nationen, welche die eigene Schiffahrt gegenüber andern Flaggen begünstigen, in einer dieser Bevorzugung entsprechenden Höhe vorgesehen werden.

B. Sollte sich ein solches Übereinkommen nicht erzielen lassen, so darf dies Deutschland von einem alleinigen Vorgehen seinerseits nicht abhalten. Es müßte in Formen geschehen, die die amerikanische Eitelkeit und Empfindlichkeit nicht herausfordern, sondern die Maßregeln müssen einen prophylaktischen Charakter tragen, durch die zu treffenden Bestimmungen muß man zeigen, welches die Rückwirkungen eines für Deutschland nachteiligen Verhaltens sein werden.

1. Demgemäß soll Deutschland sich frühzeitig einen hohen Maximaltarif schaffen.

2. Wenn Amerika dann in seiner Bahn weitergeht, giebt es nur eine Antwort: die Kündigung der Reciprocitätsverträge und Anbahnung von neuen Unterhandlungen auf der Basis jenes deutschen Maximaltarifs.

3. Das größte Objekt der amerikanischen Exporte, die Rohbaumwolle, kann man erst dann angreifen, wenn man dem eigenen Lande einen andern Lieferanten schaffen kann; darum möge durch ein System von Prämien die Produktion der Baumwolle in den hierzu geeigneten Gebietsteilen der deutschen Kolonien energisch gefördert werden. Zum Inslebenrufen eines neuen Produktionszweiges hat der größte Kolonisator der Neuzeit, England, von jeher in der Kindheit der Kolonien die Aussetzung von Produktions- oder Exportprämien angewandt; auch die Baumwollproduktion Amerikas ist mit Prämien aus der Wiege gehoben[1], ihre Kultur in Indien so gefördert.

Zunächst würde der Amerikaner vielleicht nicht glauben, es könnte einer Nation gelingen, sich von dem Baumwollmarkte der Südstaaten unabhängig zu machen. Indes erscheint es nicht als ausgeschlossen, daß bei entsprechender Pflege und Begünstigung einige der deutschen Kolonien hierin Erhebliches zu leisten vermögen. Man dürfte unschwer aus den deutschen Teilen von Texas geschickte Baumwollpflanzer zu Versuchen mit Baumwolle im größten Maßstabe heranzuziehen vermögen und mit ihrer Hülfe Pflanzungen und centrale Versuchsstationen anlegen; ein Erfolg hier würde nach mehr als einer Richtung erfreulich sein. Ähnliches ist mit Tabak zu versuchen.

4. Von den übrigen Artikeln der amerikanischen Einfuhr kann man sich ohne weiteres emancipieren, da sie anderen Ortes beschaffbar sind. Für Petroleum würde man bei einem Entgegenkommen gegen die russische Regierung in der Einführung von Transport-

[1] Vgl. Bruce, Economic History of Virginia in the 17th Century. New York and London 1895; Bishop, History of American Manufactures. Philadelphia and London 1864; Royle, Cotton Culture in India. London 1851.

vergünstigungen 2c. auch unter Umständen Gegenkonzessionen auf anderem Gebiet erlangen, wie es denn überhaupt die Richtschnur der Handelspolitik bei Einleitung eines Zollkrieges sein sollte, durch absichtliches Lenken des Verkehrs in andere Bahnen von dritten Staaten Konzessionen zu erreichen.

5. So wird man zum Ersatz für den verlorenen Absatz in den Vereinigten Staaten mit Canada, Mexiko und den südamerikanischen Märkten engere Beziehungen suchen müssen. Hierzu bieten sich verschiedene Wege: sowohl durch Vergünstigungen für gewisse Importe, Fleischprodukte, Schmalz u. dgl., wie durch Ausnutzung der Auswanderung als Kompensationsmittel.

6. Die deutsche Auswanderung ist dem Amerikaner in weiten Landesteilen noch immer willkommen, wenn er sich auch stellt, als dulde er sie nur noch. Südamerika wird sie von größtem, anerkanntem Nutzen sein, und wäre nach Urteil der Sachkenner dem deutschen Auswanderer vorteilhaft, sofern sie offiziell geregelt und in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Für die Aufhebung des von der Heydtschen Reskripts und Unterstützung einer Auswanderung nach Südamerika wird man von den dortigen Regierungen Kompensationen erhalten können[1]. Die Auswanderung ist in Wirklichkeit die kostenlose Ausfuhr eines gewaltigen Arbeits- und Erziehungskapitals nach fremden Ländern; es ist ein Fehler, wenn Deutschland, das mit das beste und gesuchteste Auswanderungsmaterial der Welt liefert, bisher hierfür keine Gegenleistungen sich zu sichern versucht hat.

7. Damit ergiebt sich auch, daß der Schiffahrtsverkehr teilweise abzulenken ist. Vorahnend haben die Hamburger und Bremer Linien bereits ihre Explorationen auf Süd- und Mittelamerika ausgedehnt, wie denn das Schiffahrtsgeschäft in diesen Richtungen sich dauernd einträglicher erwiesen hat, als angesichts der ungeheuren Konkurrenz und Erschwerung das nordamerikanische. Die großen Kanal- und Flußkorrektionsbauten Canadas eröffnen dem Verkehr im Norden neue Aussichten.

Gewiß werden das große New-Yorker Interesse an der Schiffsverproviantierung, wie überhaupt an allen mit diesem Verkehr zusammenhängenden Hülfsgeschäften, die Kaufmannschaft und die großen von New-York ausgehenden Eisenbahnen schließlich solcher Politik bewußter Verkehrsablenkung deutscherseits oder gar seitens mehrerer europäischer Mächte ihre vorbeugende Aufmerksamkeit zuwenden. —

In Deutschland werden diese Vorschläge gewiß mancherlei Widerspruch finden, sowohl bei den direkt beteiligten Kreisen der Industrie, des Handels und der Schiffahrt, die es nicht verschmähen möchten, die Galgenfrist, welche Amerika dem deutschen Handel läßt, noch auszunutzen und lieber die Zukunft gefährden wollen, als auch bei den principiellen Gegnern centralisierter starker Handelspolitik im Lager des Freihandels.

Warnende Stimmen werden laut werden, das Volk der Union

[1] Ist inzwischen schon in die Wege geleitet (Anm. bei der Korrektur).

nicht zu reizen, da es, einmal in seiner äußerst empfindlichen Eitelkeit verletzt, schwer wieder umzustimmen sei.

Ich glaube bestimmt, daß, wenn man jenes sine ira et studio vor die nackten Thatsachen stellt, ihm rechtzeitig die Perspektiven bei feindseligem Auftreten zu Gemüte führt, so wird der gesunde Sinn des Nordamerikaners, den die Demagogen und Kapitalinteressen noch nicht völlig haben erdrücken können, sich auf die Seite derer stellen, die durch eine Verkehrsunterbrechung mit Deutschland geschädigt werden, und derer, die vermeinen, das Experiment der freien Demokratie sei doch wohl noch nicht völlig geglückt, wenn dieselbe trotz aller günstiger Lebens- und Arbeitsbedingungen nur durch Errichten chinesischer Mauern sich vor dem Ruin zu retten vermag.

Deutschland darf sich über die eingeschlagene Politik nicht beklagen; es hat selbst das Beispiel wieder aufgebracht und zahlreichen amerikanischen Nationalökonomen durch Unterweisung in seinen Universitäten die Gedankenbahn der nationalen Abschließung vertieft. Und wenn heute die deutsche Bildung mehr und mehr die amerikanische Geisteswelt, das dortige Erziehungswesen mit ihren Ideen durchtränkt, so ist es nicht auffallend, daß dies auch auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet geschieht, und entsprechend der extremeren Richtung der amerikanischen Denkweise sich in extremeren Formen zu äußern versucht. Knüpfen die Ideen doch daneben an seit Annahme der Verfassung stets liebevoll gepflegte Doktrinen der Amerikaner an. Auf Dankbarkeit für die gewährte Belehrung in deren Modernisierung dürfen wir kaum hoffen.

Handelt es sich aber um Interessenpolitik, so müssen wir ebenso energisch für die eigene, nationale Sache einstehen und nicht uns mit der Ausdehnung eines faulen Waffenstillstandes begnügen, anstatt uns von vornherein im Interesse der Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens auf einen frischen, fröhlichen Krieg vorzubereiten.

Früher oder später muß es zu einer Auseinandersetzung kommen. Dieselbe allzulange hinauszuschieben, kann unsere Position nicht verbessern. Je mehr sich das amerikanische Wirtschaftsleben auf eine gesteigerte Unabhängigkeit nach außen einrichtet, desto gefährlicher wird es für uns, unsere Industrien auf einen Export nach dorthin zuzuschneiden. In zahlreichen Produkten des Kunstfleißes, des Geschmackes und des erfinderischen Geistes (vor allem z. B. der Chemie und den feinen Modeprodukten der Textilindustrie) wird Amerika auf lange Zeit hinaus nicht wohl der Versorgung aus der alten Welt entbehren können, und so lange es sich seine Wissenschaft und dasjenige auf unserem Kontinent holt, womit es sein Dasein verschönt, so lange seine Kinder in wachsenden Scharen bei uns erscheinen, um sich zu belehren und zu erholen, wird sich ein gemeinsamer Boden finden lassen, auf dem man die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen des Austausches begründet, und auf welchem keiner von beiden Teilen Schaden zu leiden befürchten muß.

Grunewald, 12. August 1896.

Anhang.

Ein- und Ausfuhrverkehr der Vereinigten Staaten mit Deutschland für die Jahre endigend am 30. Juni.

a. Einfuhr.

Warengattung	1891	1892	1893	1894	1895
	Wert in Millionen Dollars				
a. Zollfrei:					
Bücher, Landkarten ꝛc.	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6
Kaffee	0,1	0,7	0,2	1,5	1,0
Chemikalien, Droguen, Färbstoffe	3,9	4,3	5,0	4,2	4,8
Düngemittel	0,9	1,0	0,7	0,8	0,7
Gummi, Guttapercha	0,5	0,5	7,0	0,4	0,6
Haar	0,3	0,2	0,3	0,1	0,2
Hausrat ꝛc.	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Häute und Felle	0,9	0,6	1,0	0,5	1,5
Kunstwerke ꝛc.	—	—	—	—	1,7
Öle	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Papier-Rohmaterialien	0,8	0,7	1,1	0,2	0,3
Pelze und Felle, roh	0,7	0,7	0,7	0,5	0,8
Platin, roh	0,2	0,3	0,4	0,2	0,1
Rückeinfuhren	1,8	1,0	0,7	0,8	0,7
Sämereien	0,2	0,3	0,6	0,2	0,2
Tiere inkl. Geflügel	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Wolle, roh	—	—	—	—	0,1
Zucker	5,8	4,8	9,5	11,0	11,6
Sonstige zollfreie Artikel	1,8	1,8	2,4	1,7	2,1
b. Zollpflichtig:					
Baumwollfabrikate	8,0	8,0	9,3	6,7	9,8
Borsten	0,8	0,9	0,7	0,5	0,6
Bücher und Landkarten	0,6	0,3	0,4	—	—
Cement	1,3	1,5	1,7	1,3	1,5
Chemikalien, Droguen, Färbstoffe	3,1	3,2	4,1	2,8	3,9
Eisen, Stahl und Produkte hieraus	3,7	3,0	3,0	1,4	1,9
Farben	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Federn und Blumen, künstlich und natürlich	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Flachs, Hanf und Jute und Fabrikate davon	2,1	2,6	2,7	1,6	1,8
Früchte inkl. Nüsse	0,4	0,1	0,4	0,04	0,07
Glas und Glaswaren	3,4	3,8	3,3	2,6	2,5
Holz und Holzwaren	1,3	1,2	1,6	0,9	0,6
Hopfen	1,7	0,8	1,0	0,4	0,5
Juwelen und Edelsteine	0,6	0,4	0,7	0,4	0,4
Knöpfe und Knopfformen	0,5	0,4	0,4	0,1	0,2
Kunstwerke ꝛc.	0,3	0,2	0,2	0,1	0,01
Leder und Lederwaren	3,6	3,9	4,9	3,0	4,3
Malzgetränke	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Metall und Metallwaren	2,4	2,2	2,4	1,5	1,5
Musikinstrumente	1,0	0,7	0,6	0,4	0,7
Öle	0,2	0,2	0,2	0,1	2,0
Papier und Papierwaren	1,8	2,0	2,4	1,6	1,7

Warengattung	1891	1892	1893	1894	1895
	Wert in Millionen Dollars				
Pelze	2,0	2,2	1,4	1,0	1,5
Reis und Reismehl	1,9	1,1	1,1	0,9	1,7
Seidenwaren	9,8	6,9	8,6	5,2	6,5
Spielzeug	2,0	2,2	2,6	2,0	1,7
Tabak	1,0	0,3	0,5	0,4	0,3
Thon-, Steingut- und Porzellanwaren	1,5	1,7	1,8	1,5	1,9
Uhren	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Weine	1,5	1,5	1,8	1,1	1,2
Wolle und Wollwaren	9,9	11,0	11,7	7,2	10,7
Zucker	7,2	0,2	0,1	0,1	5,2

b. Ausfuhr.

Warengattung	1891	1892	1893	1894	1895
Ackerbaugeräte	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6
Baumwolle und Baumwollwaren	50,2	43,5	37,0	34,9	43,4
Brotgetreide und Mehl	2,4	19,3	6,6	7,8	3,9
Bücher, Landkarten 2c.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Chemikalien, Droguen, Farbstoffe 2c.	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6
Düngemittel	0,4	0,7	1,5	1,9	2,2
Eisen- und Stahlwaren	16,3	15,1	13,8	12,6	15,9
Felle und Häute	0,2	0,2	0,2	0,7	0,3
Fische	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3
Früchte, gedörrte Äpfel	0,1	0,4	0,2	0,1	0,1
Gummiwaren	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Fischbein	0,4	0,2	0,3	0,2	0,3
Holz und Holzwaren	3,1	3,8	3,5	4,3	4,4
Kohlen	0,1	0,1	0,1	0,1	—
Kupfer	0,7	1,2	0,6	2,6	1,6
Leder und Lederwaren	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Margarine, Butter	1,5	2,0	2,4	3,0	2,0
Musikinstrumente	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Öle, ätherische, Pech, Teer	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1
Öle	9,7	7,6	5,9	4,5	5,8
Ölkuchen und Ölkuchenmehl	1,2	2,1	2,3	2,7	2,3
Paraffin und Paraffinwachs	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3
Pelze, roh und zubereitet	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6
Rinden und Rindenextrakt	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sämereien	0,9	0,6	0,3	1,7	0,7
Schinken, konserviertes Schweine- und Rindfleisch	9,5	10,7	8,9	10,9	10,5
Schmiere und Seifenrohmaterial	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1
Spirituosen	0,2	0,8	1,5	4,4	1,5
Tabak	3,8	4,1	4,8	4,0	4,0
Vieh	0,4	0,4	0,0	0,3	0,6
Wurstdärme	0,2	0,3	0,5	0,5	0,6
Wissenschaftliche Instrumente	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Alle anderen Artikel	1,7	2,1	2,1	2,3	2,7